

Horst Müller

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Ideen für einen zukünftigen Sozialismus

Ein Blick auf Publikationen und Debatten zeigt, wie aktuell das Thema eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“¹ geworden ist. Lassen sich fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte und Ansätze der politischen Philosophie und Ökonomie vielleicht in dieser Perspektive bündeln und entwickeln? Oder ist die griffige Formulierung eher geeignet, von ungeklärten Fragen und realen Problemlagen abzulenken? Die Publikation mit dem gleichnamigen Titel ist im fraglichen Diskussionszusammenhang die ambitionierteste. Sie spricht ein breites Spektrum von Grundproblemen an und rührt somit an entscheidende Fragen der sozialen Bewegungen.

Heinz Dieterich trägt vor, „dass die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Endphase“ und eine historische „Übergangsphase“ eröffnet ist. Er erörtert grundlagentheoretische Aspekte eines „wissenschaftlichen Sozialismus“, das „historische Projekt von Marx“ und Gründe für die seinerzeitige praktische „Unmöglichkeit“ seiner Verwirklichung. Erst heute, jenseits des „Realsozialismus“, seien alle Bedingungen und insbesondere die informationstechnischen Voraussetzungen für einen „neuen Sozialismus“ gegeben. Gegen das bestehende, scharf gezeichnete „weltweite Ausbeutungs-, Herrschafts- und Entfremdungssystem“ werden programmatische Aussagen zu den grundlegenden „Institutionalitäten“ des „neuen Sozialismus“ ins Feld geführt. Dieser gilt als Verwirklichung „partizipativer Demokratie“, ja „partizipativer Weltdemokratie“, auf der politisch-ökonomischen Basis einer arbeitswertbasierten „demokratisch geplanten Äquivalenzökonomie“. Damit soll die Funktionsweise einer „sozialistischen Wirtschaft“ geklärt sein.

Das Konzept erscheint besonders attraktiv, weil die von Hugo Chavez in Venezuela ausgerufene „bolivarianische“ und „sozialistische“ Revolution² als Experiment und Schritt im Zusammenhang des insgesamt so genannten „Neuen historischen Projekts“ gesehen wird. In der Alten Welt seien zwar „alle objektiven Bedingungen für den neuen Sozialismus gegeben“, wohingegen für den eigentlichen Aufbruch Hemmnisse bestünden, darunter auch eine

¹ Dieterich 2006: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

² Chavez 2005: Rede zum Abschluss des »Völkgipfels« in Mar del Plata (Argentinien) am 4. November 2005.

im Vergleich zu Lateinamerika zu verzeichnende partielle „*Atrophie politischer Theorie*“. In der gerade entstehenden neuen Linkspartei in Deutschland liege nunmehr eine „*einzigartige Chance*“.³

Auf der Suche nach der konkreten Alternative

Den Kern des vorliegenden Sozialismusprojekts bildet der Versuch, die Gestalt- und Funktionsmerkmale einer zukünftigen, alternativen, zivilisatorisch höher stehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu identifizieren. Greift dies nicht zu weit vor? Dazu kann zunächst darauf verwiesen werden, dass das beginnende 21. Jahrhundert den Eintritt in eine historische Übergangsperiode bedeutet: Es gilt die „mit hoher Wahrscheinlichkeit korrekte Diagnose, dass das System sich in der Übergangsphase zur postkapitalistischen Zivilisation befindet“⁴. Auch andere profunde Untersuchungen kommen zu einer entsprechenden Diagnose, wenngleich im Weiteren zu sehr viel vorsichtigeren Schlussfolgerungen⁵. Zudem ist an die von Rosa Luxemburg noch in Betracht gezogene Alternative eines „Rückfalls in die Barbarei“ zu erinnern.⁶

Wenn aber der Übergang zu einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsform bereits eingeleitet ist, ist es sogar geboten, die traditionell vor allem kultivierte „Kritik der politischen Ökonomie“ bzw. die Marxsche Kapitaltheorie zu überschreiten und einer positiven Systemalternative klarere, nicht zuletzt programmatische Konturen zu verleihen. In diese Richtung zielt die Idee des „Neuen Historischen Projekts“, der „wichtigste theoretische Begriff dieser Arbeit“⁷.

Markiert die große suggestive Formel einen echten Fortschritt? Marx zufolge erwachsen die entscheidenden Impulse für den Prozess der Zivilisation aus den sich im Praxisvollzug entfaltenden inneren Widersprüchen der Produktionsweise. Damit werden Ideenfabrikationen und alles Projektmachen auf die Bedingungen und Möglichkeiten konkreter gesellschaftlicher

³ Dieterich 2007

⁴ Dieterich 2006: 22, 78

⁵ „Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Weltwirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen“. In: Wallerstein 2002: 43 ff.

⁶ „Friedrich Engels sagte einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei ... dies ist ein Dilemma der Weltgeschichte, ein entweder - oder ..“. S. Luxemburg 1917: 51-164

⁷ Dieterich 2006: 79

Praxis verwiesen. Lässt aber der Entwicklungsstand realer Theorie und Praxis es schon sinnvoll erscheinen, ein definitives „*Neues Historisches Projekt*“ auszurufen?

Die Losung „Eine andere Welt ist möglich“⁸ erscheint dagegen inzwischen zu vage und zu zögerlich. Aber sie drückt aus, dass bestimmte Erkenntnisse und vorgreifende Gewissheiten nicht dekretiert werden können: Die Lage ist gekennzeichnet durch nicht zureichend verarbeitete geschichtliche Erfahrungen, strittige grundlagentheoretische Auffassungen, äußerst heterogene soziale und revolutionäre Strömungen, unterschiedliche gesellschaftskritische und zeitdiagnostische Analysen und eine sehr partikuläre, erst beginnende Kristallisation von Alternativen. Die gegenwärtigen Orientierungsprobleme im zeitgeschichtlichen Anschluss an eine „*Erschöpfung*“ oder vielmehr das Scheitern der historischen Projekte der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts sind daher nicht überwindbar, indem der „gegenwärtige Kampf für die Zeiten- und Zivilisationswende“⁹ auf das Gleis eines mit Verve vorgetragenen „*Neuen Historischen Projekts*“ gebracht wird.

Die vorliegende Fassung¹⁰ transportiert in der Diktion und den zentralen Thesen eine Überspannung, die auch in anderen vorausdrängenden Zielbegriffen wie der „*nichtkapitalistischen Weltgesellschaft: der universalen Basisdemokratie*“ oder „*Universalen Partizipativen Demokratie (UPD)*“¹¹ deutlich wird. Das anvisierte sozialistische Zivilisationsmodell hat damit zunächst neue Titel mit neuen und weitreichenden Implikationen erhalten. Aber wer könnte und wollte schon hier etwas einwenden, wo es doch um die „*nichtkapitalistische Weltgesellschaft*“ geht und klargestellt wird: „Damit ist der strategische Horizont unseres Kampfes antikapitalistischer Transformation definiert.“¹²

⁸ „Ab sofort, aus der in Porto Alegre proklamierten Gewissheit: Eine andere Welt ist möglich! wird das Weltsozialforum ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein.“ In: Weltsozialforum 2001.

⁹ Dieterich 2006: 82

¹⁰ Die Arbeit erschien erstmals in Lateinamerika etwa ein Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer. Sie liegt seit 2006 in deutscher Sprache vor. Die Seitenangaben zu den Zitaten beziehen sich auf die 2. erweiterte Auflage. Häufig wiederkehrende Begriffe werden gegebenenfalls auch nur kursiv gesetzt.

¹¹ Dieterich 2006: 13, 143

¹² Dieterich 2006: 143

Ein neues Manifest oder verstärkte Forschungsanstrengungen ?

Die Thesen des Projekts orientieren auf einen wirklich notwendigen Bruch mit der alten Welt und mahnen die stärkere Konturierung einer konkreten Alternative an. Sie signalisieren den Wunsch nach einer globalen Einheit der Kräfte, die sich etwa von den Weltsozialforen über linke Parteien und Gruppen bis hinunter zu Podiumsbesetzungen und ins Zeitschriftenspektrum sehr heterogen artikulieren. In der Gussform eines Manifests melden sie aber stellvertretend für die vielfältigen, weltweiten Ansätze für eine Zivilisationswende einen Wahrheits- und Geltungsanspruch an, der mit den dann vorgetragenen, aus orthodoxen oder nur sehr schmalen neueren theoretischen Ressourcen¹³ gespeisten Situationsanalysen und Projektdefinitionen kaum einzulösen ist:

Den wirklichen Erfordernissen entspricht gegenwärtig weniger ein neuer Appell zur Einheit oder ein sozialrevolutionäres Manifest, das Weltgeltung beansprucht. Es türmen sich Barrieren, die mit so weit vorgehenden Thesen nicht zu räumen oder zu umgehen sind: Unschöpferische oder umstrittene Rezeptionen der Grundlagen und Erklärungen der Kritik der politischen Ökonomie, ein intellektuelles Feld voller verfestigter Gruppen- und Lagermentalitäten, schwache organisatorische Kristallisationskerne und eine unzureichende Lese- und Studienarbeit, die in auffälligem Kontrast zu den vielfältigen Initiativen, Aktionen und Protesten steht. Es fehlt den rührigen Bewegungen allenthalben an der Entfaltung intellektueller, kommunikativer, medialer und kultureller Kräfte, die erst erlauben, gewisse Schwellenwerte realer gesellschaftlicher Relevanz überschreiten.

Es ist richtig, dass das Fehlen einer konkreten Alternative die zentrale Konstitutionsschwäche aller heutigen Systemopposition ist. Theoretische Projektionen solcher Größenordnung sind aber in bestimmter Hinsicht auch an ein Schrittmaß realer Erfahrungen gebunden. Kann auch nur halbwegs als gesichert gelten, dass neuen Entwicklungen in anderen Weltregionen, insbesondere in Lateinamerika, der Stellenwert einer globalen Initialzündung zukommt und sie den hochgespannten Erwartungen und Hoffnungen entsprechen?

Daher sollten so weitreichende Thesen oder kühne Entwürfe, wie sie im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu finden sind, als Diskussionsbeiträge

¹³ Im Vorwort zur deutschen Ausgabe wird vor allem auf die Schottische Schule, also auf die Arbeiten von Paul Cockshott und Allin Cottrell sowie auf die sogenannte Bremer Schule, allen voran auf den ‚Polyhistoriker‘ Arno Peters verwiesen. Vgl. Dieterich 2006: 17 ff.

verstanden und auf die Formulierung von Forschungsfragen hingearbeitet werden, die in kollektiven Anstrengungen weiter bearbeitet werden können. Ich versuche die herausfordernde Textvorlage in diesem Sinne zu untersuchen und beginne die Entgegnung mit grundlegenden philosophisch-wissenschaftlichen Fragen.

Zur philosophisch-wissenschaftlichen Grundlegung

Heinz Dieterich stellt - auch mit Blick auf die Entwicklung der modernen Naturwissenschaften - fest, dass es eine vergleichsweise Stagnation des theoretischen oder „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ gibt. Was helfen aber hier Feststellungen wie die, es fehlten eben Pioniere oder Genies wie die „Einsteins, Plancks und Gell-Manns“ oder „Es fehlte jene komplexe Interdependenz, welche die großen kreativen Modelle in den Naturwissenschaften möglich machte?“¹⁴ Zur Überwindung der beklagten Stagnation wäre aus den verwickelten geschichtlichen Schicksalen der Marxschen Ideen und aus vormals schon beschworenen und debattierten Krisen des Marxismus viel zu lernen.¹⁵ Vor allem dies: Über die wirklich bestehenden Entwicklungshemmungen des mit Marx in die Welt gekommenen Wissenschaftsparadigmas ist nicht hinwegzukommen, indem Marx und Engels wie Quellenheilige behandelt werden und immer wieder bekräftigt wird, dass der „*dialektische Sprung*“ grundlegender Aspekt der „ontologischen Gesetze des Universums“¹⁶ sei.

Die Rückgriffe auf Elementarformeln der Dialektik erinnern vor allem daran, dass die „Frage der Dialektik“ seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt und die Wiederaufnahme ihres Studiums und ihrer Erforschung über-

¹⁴ Dieterich 2006: 99, 102

¹⁵ Der Band 5 der Korsch-Gesamtausgabe mit Schriften zwischen 1928 und 1935 steht bezeichnenderweise unter dem Titel „Krise des Marxismus“ und Korsch's vorhergehende Arbeiten zum Thema „Marxismus und Philosophie“ sind bereits tief-schürfende Beiträge zu eben diesem Thema. Hier wurzelt schon jene später akut gewordene „Krise des Marxismus, die Mitte der 1980er-Jahre allenthalben wahrgenommen wurde“ und im Zusammenhang mit einem weltpolitischen „Erdrutsch“ zu sehen ist, „der in der Wende der Jahre 1989-1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Systems der ‚sozialistischen Staaten‘ ... in Ost- und Südosteuropa seinen Höhepunkt erreichte“. Vgl. Deppe 2007

¹⁶ Dieterich 2006: 26

fällig ist.¹⁷ Dazu bedarf es allerdings einer Mobilisierung erheblicher theoretischer Ressourcen, beginnend im Hegel-Marx-Feld, und vor allem einer Problemexposition, die den seinsgesetzlichen Charakter des Dialektischen von dem schon einmal gewonnenen Ansatz einer „Dialektik der Praxis“¹⁸ her begreifbar und operativ macht. Spätestens hier ist aber festzustellen, dass Marx die beabsichtigte „Dialektik“¹⁹ nicht mehr geschrieben hat und der in der Folge kanonisierte „dialektische Materialismus“ selbst schon Ausdruck einer Stagnation war.

Wenn daher im Sozialismusmanifest nur immer wieder auf einem universellen Bewegungsgesetz im Sinne des „*dialektischen Sprungs*“ insistiert und ohne weiteres auf einen „*wissenschaftlichen Sozialismus*“ Bezug genommen wird, ist der Kern des Problems halb verschüttet: Die Entwicklungshemmung des marxistischen Wissenschaftsparadigmas hat ihre tiefsten Wurzeln darin, dass der erkenntnis- und konstitutionstheoretische Kern des Marxschen Praxisdenkens und Forschens in dem, was sich als Marxismus institutionalisierte und als wissenschaftlicher Sozialismus präsentierte, von Anfang an nicht zureichend herausgearbeitet wurde und zur Geltung kam. Vormalige heftige theoriegeschichtliche Auseinandersetzungen zwischen einem mehr oder weniger kanonisierten dialektischen Materialismus und dem sogenannten westlichen oder praxiszentrierten Marxismus zeugen von einer bis heute noch nicht zureichend aufgearbeiteten Problematik.

Die philosophisch-wissenschaftliche Arbeitsperspektive im Anschluss an das Novum des Marxschen Denkens liegt daher in einer Weiterentwicklung des Praxis-Konzepts, der in der Marxschen Theorie angelegten „Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis“.²⁰ Diese schließt das Naturver-

¹⁷ Klassisches Beispiel solcher Bemühungen ist Lenins „Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik“, vgl. Lenin 1964. Einen Eindruck von der in den 70er-Jahren noch regen Diskussion vermittelt Kimmerle 1978.

¹⁸ Es geht dabei um den Ansatz einer nicht-dualistischen Ontologie, die „Praxis“ als „Sein“ begreift und von hier die Lösung der Fragen einer dialektischen Erkenntnis- und Realitätskonzeption anstrebt. Dazu insbesondere Petrovic 1965, Kosik 1967, Bloch 1959 und meine eigenen Beiträge.

¹⁹ „Wenn ich die ökonomische Last abgeschüttelt, werde ich eine Dialektik schreiben. Die rechten Gesetze der Dialektik sind schon im Hegel enthalten; allerdings in mystischer Form. Es gilt diese Form abstreifen. ...“. Marx an Dietzgen 9.5.1868, in: MEW 32: 547

²⁰ Die treffende Bezeichnung „Philosophie der Praxis“ ist überhaupt erst Antonio Labriola (1896) zu verdanken. Gramsci bemerkt, dieser sei „der einzige, der versucht hat, die Philosophie der Praxis wissenschaftlich zu konstruieren“, Vgl. Gramsci 1994:

hältnis und ebenso die Möglichkeits- und Zukunftsdimension der menschlichen Wirklichkeit ein. Wenn man so will geht es um eine Praxistheorie, welche die traditionsmarxistische Selbstabriegelung gegenüber schöpferischen Beiträgen, beispielsweise von Denkern wie George Herbert Mead oder Pierre Bourdieu²¹, überwindet, im Sinne des besten Erbes des Materialismus, der Dialektik und Utopistik dimensioniert ist und von diesem entwickelteren Niveau her auf wissenschaftlichem Feld und insbesondere auch in politisch-ökonomischen Fragen anders zu operieren und zu kommunizieren vermag.²²

Der Titel „wissenschaftlicher Sozialismus“ transportiert demgegenüber nicht eben unproblematisches Theorieerbe. Nun konnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob Dieterich sich ebenfalls auf eine „Philosophie der Praxis“²³ bezieht. Aber er versteht diese dabei einfach als „*ethische oder kritische Wissenschaft*“ und verwendet dann, genauer besehen, durchweg einen pragmatischen Praxisbegriff. Er entwickelt nicht etwa ontologisch-erkenntnistheoretische, konstitutionstheoretische Aspekte „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ oder zieht daraus methodologische, praxisanalytische Konsequenzen. Stattdessen wird die revolutionstheoretische Grundformel adaptiert, wo Praxis als „bewusste Einflussnahme“ gilt, als „bewusste Fähigkeit zur Errichtung einer sozial gerechten Ordnung“.²⁴

Die pragmatische Brechung des Theorie-Praxis-Konzepts hat unter anderem Ernst Bloch tieferschöpfend kritisiert²⁵ und damit implizit zugleich den fundamentalen grundlagentheoretischen Dissens mit den *kritisch-normativen* Theorien des Frankfurter Kreises aufgedeckt. Mit solchen unaufgeklärten Zusammenhängen im Rücken beschreitet Dieterich nun einen Weg zur Modernisierung der „revolutionären Theorie“, der zu einer merkwürdigen Montage aus klassischen Elementen eines dialektischen Materialismus mit

1228, 1409, 1492. Einen theoriegeschichtlichen Überblick von Marx bis in die Gegenwart siehe Müller 2000

²¹ Siehe Müller 1983, auch Müller 2005a.

²² Beispielsweise entspringt die theoretische Kreativität, das politische Engagement und die Ausstrahlungskraft von Pierre Bourdieu seinem Zugang zum Praxisdenken. Siehe dazu auch den Beitrag von Julia Schnegg im vorliegenden Sammelband.

²³ Dieterich 2006: 17, 24, 28, 84

²⁴ Dieterich 2006: 84

²⁵ Blochs außerordentliche Interpretation der „Elf Thesen von Marx über Feuerbach“. Siehe Bloch 1956: 288-334.

neuzeitlicher Systemtheorie und Kybernetik führt. Daraus erwachsen verwegene Hypothesen:

Die Analyse des „homo sapiens als kybernetisches System“ soll nun ein „tiefgründigeres Verstehen der Gesellschaft und ihres essentiellen Elements, dem Menschen“ ermöglichen. Gesellschaft und Geschichte werden als „gattungsgeschichtliches ‚Dynamisch Komplexes Human System‘ (DKHS) wissenschaftlicher Analyse voll zugänglich.“ Auf diesem Wege sollen „die im philosophischen Diskurs steckengebliebenen unendlichen Debatten über Anarchie und Zentralismus, Avantgarde und Mehrheit, Hegemonie und Beherrschung“ dem „Terrain der rational-wissenschaftlichen Diskussion“ näher gebracht werden. So sei die Gesellschaftstheorie von Marx und Engels die erste „wissenschaftliche Gesellschaftstheorie“, fähig zum „Verstehen und, wenn möglich, Messen der Dynamik von Wechselwirkungen zwischen den Gesetzmäßigkeiten (der Logik) des Systems und der Handlungslogik der gesellschaftlichen Subjekte.“²⁶

Damit gerät der „Rekurs auf traditionelle philosophische Begriffe“ oder geraten „qualitative Sprachsysteme“²⁷ nahezu unter den Generalverdacht der Unwissenschaftlichkeit: Ich kann in den entsprechenden Textpartien keine angemessene Übersetzung des mit Marx in die Welt gekommenen neuen *Praxisdenkens* und der entsprechenden *Wirklichkeitskonzeption* finden. Es handelt sich vielmehr um eine auf das Gütesiegel modernster Wissenschaftlichkeit pochende Umdeutung der philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen, die in der Feststellung kulminiert: „Und wissenschaftlicher Sozialismus ist nun einmal die quintessentielle kybernetische Wissenschaftstheorie.“²⁸

Eine philosophisch-wissenschaftliche Synthese auf dem Niveau unserer Zeit kann dies nicht darstellen. Diese erforderte vielmehr die Entfaltung und paradigmatische Profilierung der Konstitutions-, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie der Praxis und darauf gegründeter konkreter Praxisanalyse. Dies im Sinne einer materialistischen, dialektischen und utopistischen Analytik widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis, gesellschaftsgeschichtlich konkret und möglichst weit hinein in reale Möglichkeitshorizonte des tätig angestrebten besseren Lebens und einer zivilisatorisch höheren Gesellschaftlichkeit.

²⁶ Dieterich 2006: 67, 74, 83

²⁷ Dieterich 2006: 65

²⁸ Dieterich 2006: 102

Abstrakte Negation und Konstruktion der Zukunft

Kann auf der vorgeschlagenen „quintessenziellen“ Grundlage die „wissenschaftliche Analyse“ der „gattungsgeschichtlichen Evolution“, vor allem aber auch unserer konkreten historischen Situation und Perspektive vorangetrieben werden? Das im vorliegenden Fall angewandte „analytische“ Verfahren, das heißt die Denkmethodik oder Argumentationsweise folgen im wesentlichen einer Logik der abstrakten Negation:

Zunächst werden auf hoher Verallgemeinerungsebene typische, systemische Konstituenten des herrschenden Gesellschaftsprojekts identifiziert, scharf kritisiert und damit als Angriffspunkte markiert. Es folgt die Gegenüberstellung einer sozialtechnologisch möglich erscheinenden, radikal-demokratisch-planwirtschaftlichen Reproduktions- und Gesellschaftskonstruktion, die einem zukünftigen geschichtsmächtigen Akt der Instituierung überantwortet wird - nachdem „die bürgerliche Armee zerschlagen ist“.²⁹ Also etwa: „Wenn die kapitalistische Marktwirtschaft nur mittels dieser Mechanismen existieren kann, dann ist klar, dass eine sozialistische Ökonomie nur mittels ihrer Negation sozialistisch sein kann.“³⁰ Liegt es in der „Dialektik des Konkreten“³¹ aber wirklich beschlossen, dass Marktmechanismen durch eine Planungsorganisation und die Preisbestimmung durch eine Arbeitszeitrechnung abgelöst werden müssen?

Abstrakte Negation ist keine historisch und situativ konkrete Analytik. So können die aus der Widersprüchlichkeit des Vollzugszusammenhangs der Praxis erwachsenden Potentialitäten, kann ein werdendes neues, subjektiv-objektives Produktivkraftensemble und die dadurch angestoßene, realiter mögliche Transformation der ganzen Formierung nicht wirklich konkret begriffen und nicht in der wünschenswerten Weise in die Prozesse historischer Auflösung und Neuformierung eingegriffen werden.

Solchem geschichtsmaterialistischen Prozess- und Praxisdenken gegenüber liegt auch eine grobe Vereinfachung in der Generalthese: „Die Evolutionsdynamik der menschlichen Gesellschaft seit dem Neolithikum ist bestimmt durch die soziale Auseinandersetzung um die Aneignung bzw. Verteilung der Mehrarbeit oder ihrer Materialisierungsformen, dem Mehrprodukt oder Mehrwert“³². Wogegen oder Wofür in Revolten und Revolu-

²⁹ Dieterich 2007

³⁰ Dieterich 2006: 185

³¹ Vgl. Kosik 1970

³² Dieterich 2006: 89

tionen gekämpft wird oder worum es in geschichtlichen Transformationsprozessen eigentlich geht, sind andere und höhere Formen der Selbstorganisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Und diese können jedenfalls nicht, weder durch die Protagonisten sozialer Kämpfe noch durch theoretische Vordenker, einfach im Sinne einer „Konstruktion der Zukunft“³³ gefasst werden. Die Radikalität, mit welcher ein entsprechender, abstrakt negatorischer oder utopisierender Denk- und Theorietyp auftreten kann, steht denn auch gewöhnlich in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Realitätsgehalt.

Staat, Demokratie und bürgerliche Subjektivität

Heinz Dieterich trägt eine beißende Kritik an grundlegenden Institutionen des *historischen Projekts der Bourgeoisie* vor und konstatiert dessen geschichtliche *Erschöpfung*. Positiv wird nur das historische Erbe des Rechtsstaates gewürdigt: „Der einzige transzendente Beitrag den die Bourgeoisie in ihrer Geschichte geleistet hat, um das politische Zusammenleben der Gattung in Richtung auf eine gerechtere Gesellschaft voranzubringen, ist der Rechtsstaat mit seinen Schlüsselementen der Verfassung, der Gewaltenteilung und der formalen Bürgerrechte.“³⁴ Abgesehen von dieser Notiz zu positiven Errungenschaften werden dann die Gestalten von Staat, Demokratie, Medien und auch der Typus der bürgerlichen Subjektivität konsequent negatorisch als verwerfliche Verfallsgestalten einer untergehenden Zivilisation gezeichnet:

So wird der Staat schlechthin beschrieben als Instrument der herrschenden Klasse: Es „ist der Staat gleichzeitig Beute und Kaliban (Unhold, Shakespeare) der oligarchischen Interessen, die ihn zur systematischen Plünderung der Mehrheiten missbrauchen.“³⁵ Wir haben aber nicht mehr nur mit einem Staat im Sinne einer „Maschine der Klassenherrschaft“ oder eines „Schmarotzerauswuchses“ zu tun, wie ihn beispielsweise Marx zur Zeit der Pariser Kommune³⁶ beschrieb. Der Klassenstaat ist zwar eine in die moderne Staatlichkeit wie eh und je eingewobene Praxisfigur. Aber für den politisch-ökonomischen Gesamttypus moderner Staatlichkeit steht ein den gesamtgesellschaftlichen Prozess, auch den ökonomischen, notwendig mitvermittelnder Sozialstaat, als solcher eine „institutionelle Verdichtung von

³³ Marx an Ruge im Sept. 1843. In: MEW 1: 346

³⁴ Dieterich 2006: 52

³⁵ Dieterich 2006: 51

³⁶ Karl Marx, MEW 17: 336, 341

sozialen Kräfteverhältnissen“.³⁷ Der moderne Staat ist abhängig von einer funktionierenden Kapitalwirtschaft und übt Gewaltrecht nach vorherrschenden Interessen, ist aber zugleich auf eine immer neu zu erzeugende Massenloyalität angewiesen. Er ist in alle bestehenden Widersprüche tief verstrickt und wird mit der gesellschaftlichen und der eigenen Widersprüchlichkeit immer weniger fertig. Kurz, er ist nicht schlechthin ein Unhold oder Klassenkasper, sondern selbst eine komplexe, hybride Übergangserscheinung.

Im Hinblick auf den Typus der *formal-repräsentativen Demokratie* weist Dieterich unverblümt auf deren „oligarchisch-plutokratische(n) Charakter“ hin. „Es ist schwierig, sich eine ungezügeltere Demagogie“ vorzustellen als den Anspruch, „dass die periodische Abhaltung von allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen der Garant für die Partizipation der Mehrheiten in politischen Angelegenheiten sei.“³⁸ So wird der Schleier, der die Verfassungswirklichkeit der *liberalen Demokratie* gewöhnlich verhüllt, ein Stück weit gelüftet. Aber es handelt sich auch hier nicht um eine an realen Transformationsprozessen interessierte Analytik, sondern mehr um die Verlesung einer Anklageschrift:

Sicher regiert das oligarchisch-plutokratische Element auf allen Rängen und in allen Funktionen des politischen Feldes mit.³⁹ Aber dieses Feld bleibt ein Feld politischer Organisation und ein Streit- und Reflexionsfeld gesellschaftlichen Kräftemessens. Die parlamentarische Demokratie realisiert sich keineswegs nur in einem zunehmend korrumpierten Abgeordnetenwesen, im Anlegen von Nistplätzen für reaktionäre Eliten und einer kapitalhörigen Regentschaft, sondern in einem enormen Komplex organischer, föderaler und subsidiärer Strukturen, die gegenüber gesellschaftlichen Strömungen nicht abgedichtet sind. Schließlich ist die gegenwärtige Schwäche der linken Opposition nicht systemisch determiniert, sondern entspricht einer bestimmten historischen Kräftekonstellation und ist dabei anteilig und keineswegs unerheblich selbst verschuldet.

Auch ist der europäische Typus der Demokratie in einer kommunalistischen Basis verwurzelt, die als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Staatlichkeit entwicklungsfähige partizipative Elemente aufweist. Daher

³⁷ Hirsch 2002: 18-35 zum Thema „Was heißt eigentlich Staat?“

³⁸ Dieterich 2006: 48, 51

³⁹ Der Schatten der Wahrheit fiel auf den Deutschen Bundestag, als darin am 28. April 2007, in Anspielung auf Art. 1 Abs. 1 GG, ein Transparent „Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar“ entrollt wurde.

müsste bei konkreter Untersuchung der grundlegenden „Institutionalitäten“⁴⁰ der modernen Gesellschaft der für Staat und Demokratie mit konstitutiven, urbanen, kommunal verfassten Praxis ein eigener, bedeutender Rang zugesprochen werden. Die einschlägigen Arbeiten des französischen Marxisten Henri Lefebvre⁴¹ zur „Kritik des Alltagslebens“ und zur „Revolution der Städte“ sind in den traditionsmarxistischen Blickhorizont oder in neuere Diskurse zur Zivilgesellschaft bezeichnenderweise nie ausreichend aufgenommen worden. Ich erinnere auch daran, dass Marx in der Pariser Kommune, einem basisdemokratisch verfassten lokalen Lebenszusammenhang, die „durch und durch ausdehnungsfähige politische Form“⁴² einer Kommunalverfassung und die Grundeinheit einer möglichen neuen nationalen Gesamtorganisation sah.

Eindimensional wird auch der Typus bürgerlicher Subjektivität vorgeführt, das „entfremdete possessiv-liberale Konsumindividuum“ oder der „homo oeconomicus, dessen Daseinsberechtigung und Existenzgrund sich in seiner doppelten Kapazität als Warenproduzent und Mehrwert-Realisator erschöpft“. Die Vermutung ist, „dass das aus der Degeneration der bürgerlichen Institutionen gerettete Subjekt in der wirklichen Demokratie ein Umfeld finden wird, in dem es seine rationalen (Wissenschaft), moralischen (Ethik) und ästhetischen (Kunst) Fähigkeiten voll entwickeln kann“⁴³: Das derart total entfremdete Subjekt ist aber im Wesentlichen eine philosophisch-literarische Fiktion. Die (ir)rationalen, (un)moralischen und (un)kultivierten Lebensäußerungen der Menschen im vieldimensionalen „Alltagsleben der modernen Welt“ sprechen, trotz aller Entfremdung und Repression, auch eine andere Sprache. Marx sah im Zusammenhang der kapitalistisch enthemmten Entwicklung der Produktionen, des Wissens und des Weltverkehrs sogar die zunehmende Möglichkeit einer „universellen Entwicklung“ des „gesellschaftlichen Individuums“.⁴⁴ Vielleicht könnte eine andere Ansprache der „Subjekte“, die in der von Gramsci vorgeschlagenen Weise an deren Alltagsdenken anknüpft, mehr dazu beitragen, das in selbst- und überfremdeten *gesellschaftlichen Individuen* heute ebenso anwe-

⁴⁰ Dieterich 2006: 137 ff.

⁴¹ Lefebvre 1972 u. 1976

⁴² Karl Marx, MEW 17: 339-342

⁴³ Dieterich 2006: 57, 137, 146

⁴⁴ MEW 42: 446, 447. In diesen Begriffen fasst sich zusammen, dass Marx nicht, wie so oft vorgetragen wird, einem „Produktivismus“ usw. huldigt. Der *reiche Mensch*, so Marx, ist der als *bewusstes gesellschaftliches Individuum* der *Totalität der Lebensäußerung bedürftige Mensch*.

sende bewusste gesellschaftliche und noch gehemmte universelle Individuum freizusetzen?

Auch Heinz Dieterichs scharfzüngige Geißelung der Massenmedien und des Konsumismus streift einen wahren Kern, schießt dann aber über das Ziel hinaus. Es dominiert das „Wahrnehmungsmanagement“, die „Fabrikation des Konsensus“ und die „systematische Idiotisierung über die transnationalen Oligopole der Massenindoktrinierung (Medien) und das Opium des Konsumismus.“ „Es handelt sich um eine Art kultureller Lobotomie, die die Mehrheit der Bürger in einem wesentlich instrumentalen, vorwissenschaftlichen und vormoralischen Stadium geistiger Entwicklung einzuschließen versucht.“⁴⁵ Diese auf die Arbeiten von Noam Chomsky⁴⁶ verweisende Medienkritik ist einerseits berechtigt und die glänzende Polemik kann Freude machen, weil sie dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer alltäglichen Mediengewalt und der einträglichen Produktion von Stumpsinn Ausdruck verleiht. Die hier verhandelte Problematik erinnert auch an eine der glänzendsten Analysen der „fortgeschrittenen Industriegesellschaft“, an Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“.⁴⁷ Aber es fehlt doch andererseits jeder Versuch, sich im Sinne Gramscis auf eine „Kritik des Alltagsverstandes“⁴⁸ einzulassen oder *vor dem Hintergrund der veränderten historischen, mondialen Problemsituation* einem ebenso vorhandenen kritischen, subversiven oder auch transzendierenden Potential der modernen Informations- und Kommunikationstechnik⁴⁹, im Programmspektrum der Massenmedien oder in zeitgenössischen Kulturformen nachzugehen.

Kapitalismus oder Chrematistik

Die entscheidende Rolle im Zusammenspiel der Institutionen der verfallenden alten Welt spielt sicher die kapitalistische Produktionsweise. Aber auch bei entsprechenden Fragen zur Wirtschaftsweise waltet im Vorliegenden die Logik der abstrakten Negation: Der Rückgriff auf die aristotelische Unterscheidung zwischen einer Ökonomie der *Bedarfsdeckung* und einer Gelderwerbs- oder *Bereicherungswirtschaft* bietet zwar einen denkgeschichtlichen Ansatzpunkt, aber keine konkrete politisch-ökonomische

⁴⁵ Dieterich 2006: 47, 57

⁴⁶ Vgl. Chomsky 2003

⁴⁷ Marcuse 1967. Zu diesem „Buch einer Bewegung“ auch die ausgezeichnete Würdigung „Herbert Marcuse – Zum 25. Todestag“, Cavalcanti 2004.

⁴⁸ Gramsci 1983: 80

⁴⁹ Siehe dazu den Beitrag von Wolf Göhring im vorliegenden Sammelband

Grundlage: Verwertung und Akkumulation des Kapitals erzeugen an der Oberfläche der Ware-Geld-Prozesse den realen Schein einer *chrematistischen* Wirtschaftsweise. Es liegt aber eine wesentlich bestimmtere und komplexere Formbildung sozioökonomischer Praxis vor.

Die institutionelle Typisierung als „nationale Marktwirtschaft“⁵⁰ geht an der Sache vorbei, denn marktwirtschaftliche Formen sind als solche gerade nicht nationalökonomisch gebunden und können für eine alternative Wirtschaftsweise nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Schließlich geht es um ein nicht nur markt-, sondern kapitalwirtschaftliches System in einem ganz bestimmten Aggregatzustand, in einer trotz allem sozialstaatlichen Grundfiguration und eingebettet in Zusammenhänge der neoliberalen Globalisierung. Wenn dieses System schlechthin als eine überreife oder verdorbene Existenzform beschrieben wird, die ihr Verfalldatum überschritten hat, gerät von vornherein aus dem Blick, ob und wie es mit Produktivkräftelementen einer werdenden neuen Sozialität bereits schwanger geht.

Die generelle Charakterisierung als *Chrematistik* bedeutet einen Schritt zurück auf eine hohe Abstraktionsebene und schafft so die Ausgangsposition für vereinfachte Gegenüberstellungen einer *chrematistischen, nicht-äquivalenten*, durch Marktmacht und Profitgier gesteuerten Ökonomik und der Alternativkonstruktion einer *äquivalenten, kybernetisch* regulierten Wirtschaftsweise, die dann ohne *Markt* auskommen soll und als nicht *national-ökonomisch* definiert beziehungsweise als universelle Lösung für die Neuordnung der Weltwirtschaft angeboten wird.

Damit wird einer konkreten, dialektischen Transformationsanalyse ausgewichen. Eine solche müsste untersuchen, wie sich das volkswirtschaftliche Leben im Zuge der fordistischen, postfordistischen und aktuellsten finanzkapitalistischen, globalen Entwicklungen in immer neuen Schüben strukturell verändert hat, wo die Prozessfront⁵¹ der widersprüchlichen Entwicklung heute verläuft, was sich da als Latenz formiert und wo ein Novum schon ins Spiel kommt. Solches bleibt bereits aufgrund der theoretischen Vorausdispositionen, d.h. aufgrund jener *Perspektivik der abstrakten Negation* unterbelichtet.

⁵⁰ Dieterich 2006: 33 ff., 184

⁵¹ Die Bloch'schen Kategorien Latenz, Front, Novum usw. haben eine unmittelbare konstitutionstheoretisch-praxisanalytische Bedeutung. Dazu Müller 2001.

Abstrakte Negation oder Transformationsanalyse

Die kritischen Skizzen und die teils glänzende Polemik im Hinblick auf defiziente Charaktere von Staat, Demokratie, Medien, Subjektivität und eine auf Bereicherung ausgerichtete Ökonomik können nicht darüber hinweg täuschen, dass diese mehr oder weniger nur im Sinne einer Typisierung, also nicht als Übergangsgestalten, das heißt vor allem ohne die Momente oder Tendenzen einer Überschreitung fixiert werden. Das Neue wird im direkten Gegenzug gegen die alte Welt definiert: Als Nicht-Klassenstaat, als eine partizipative statt vorgetäuschte Demokratie, als eine globale äquivalenzökonomische Wirtschaft statt nationale marktanarchische Wirtschaft. Der befreiten Subjektivität, dem *ethischen Menschen* werden Konsumidioten gegenübergestellt, die den modernen Manipulationstechniken erliegen.

Wenn aber die eingangs getroffene Bestimmung der historischen Situation als Übergangsperiode oder Übergangsgesellschaft zutrifft, dann wird sich diese gesellschaftliche Grundsituation im Sinne „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“ in den Seinscharakteren aller gesellschaftlicher Sphären reflektieren. Aus praxistheoretischer Sicht ist dieser *zweidimensionale, gemischte, doppelsinnige, hybride Übergangscharakter der Epoche* vorausgesetzt und sind daher die Charaktere der gesellschaftlichen Praxis keineswegs nur schlechthin entfremdete und erschöpfte Verfallsgestalten, wie sie auch die ältere Kritische Theorie mit Vorliebe zeichnete. Ein nur negatorisch-dialektisches, eindimensional totalisierendes Muster der kritischen Reflexionen verfehlt den Vorschein, die Potentialität oder die Latenzen, innerlich bereits arbeitende, zur Überschreitung drängende Tendenzen. Aber auch in diesem Fall muss schließlich eine Antwort auf die Frage nach den sprengenden Kräften gesucht werden.

Das Sprengende als Produktivkraft-Ensemble

Auf die Frage nach dem Wirkpotential einer Transformation gibt es die klassische Antwort, dass die sich entfaltenden Produktivkräfte zur sozialrevolutionären Sprengung⁵² der Produktionsverhältnisse drängen, wenn letztere ihren ursprünglichen Charakter als Entwicklungsformen verlieren und zu Fesseln werden. Das Sprengende kann weder nur in technischen Potenzen noch in einem separat, etwa aus aktiven Widerstandshandlungen

⁵² Vgl. die Formulierung im „Vorwort“ der „Kritik der politischen Ökonomie“, MEW 13: 8-9. Marx spricht hier nicht von einem *Akt*, sondern von einer „Epoche sozialer Revolution“.

erwachsenen revolutionären Kollektivsubjekt gefunden werden. Praxistheoretisch und geschichtsmaterialistisch gesehen kommt es vielmehr darauf an, ein im Schoße des Alten bereits heranwachsendes, transzendierendes Produktivkraft-Ensemble aufzuzeigen, in dem sich eine zivilisatorisch höher stehende Reproduktionsform zu formieren beginnt. So gefasst verweist die fortschrittliche Entwicklung auch zugleich auf eine subjektive Repräsentanz.⁵³

Ein solches Ensemble kann auf dem heute erreichten Niveau der Vergesellschaftung nicht nur in partikularen Elementen wie Produktionsgenossenschaften oder etwa Formen einer solidarischen Ökonomie bestehen. Es muss sich um eine im Schoße des Gegenwärtigen angelegte, mehr oder weniger latente oder partiell manifeste, zur Emanzipation drängende ganze Reproduktions- und Sozialform handeln. Anders wären „alle Sprengversuche“ und Bauvorhaben nach erdachten Konstruktionsplänen „Donquichotterie“, ein Kampf gegen Windmühlenflügel.⁵⁴

Aus Sicht dieser Vorüberlegungen kann der Auffassung nicht zugestimmt werden, den sozialistischen Experimenten der Vergangenheit habe im Wesentlichen das technische Element der modernen Computertechnik, Informatik und Kybernetik gefehlt. *„Aber es gab weder Computer, noch Datenübertragungsnetze noch die fortgeschrittene Mathematik, welche für die Wertkalkulation eines Produktes in der Praxis notwendig sind... Die für die Gestaltung einer ... sozialistisch-demokratischen Ökonomie vitalen Theoreme der Wertbildung, Wertgrößen, Wertformen und Austauschverhältnisse, konnten daher nicht zur operativen Basis einer realen Ökonomie werden.“* Demnach wäre heute aufgrund der modernen Informatik und Kybernetik die Instituierung einer arbeitswertbasierten sozialistischen Ökonomie, praktisch einer informatisierte Planwirtschaft möglich und fällig - es fehlt nur der *politische Wille*, oder es lähmen eben eine *„systematische Idiotisierung über die ... Massenindoktrinierung ... und das Opium des Konsumismus.“*⁵⁵

Hier wird eine vorschnelle Problemlösung aufgerufen: In Wahrheit hat Marx die wert- und reproduktionstheoretischen Fragen einer postkapitalistischen Ökonomie nicht geklärt und in sein Arbeitsprogramm nie ernstlich aufgenommen - sonst hätte er 1875 auch nicht nur „kritische Randglossen“

⁵³ Dem gegenüber ist eine „Solidargemeinschaft der Opfer“ keinen ausreichende Bezugsgröße. Auch die „demokratisierende Praxis des globalen Weltveränderungssubjekts“ bleibt vage. Dazu später mehr.

⁵⁴ MEW 42: 93

⁵⁵ Dieterich 2006: 47, 92

zum „Gothaer Programm“⁵⁶ geschrieben, sondern ein definitives Konzept dagegengestellt. Es ist unmöglich, sich hier *unvermittelt* auf Marx zu beziehen. Die späteren Auseinandersetzungen über Werttheoreme, über Fragen der Reproduktionsanalyse und um die Stichhaltigkeit von Krisentheorien haben nicht erst mit Rosa Luxemburg⁵⁷ begonnen und sind mit aktuellen Beiträgen über „Die Wissenschaft vom Wert“⁵⁸, mit Theorien der „Globalen Enteignungsökonomie“⁵⁹ oder mit Untersuchungen zur transformistischen Dynamik der Kapitalismus-Formation bis hin zum globalen „Post-Fordismus“⁶⁰, zum „finanzgetriebenen Akkumulationsregime“ oder zu einer möglichen Erschütterung des Systems durch die heraufziehende Krise des „Fossilismus“⁶¹ nicht beendet. Ferner ist eine *dem Niveau der Marxschen Kapitalanalyse entsprechende* sozialistische Wirtschaftstheorie niemals entwickelt worden und die praktischen Experimente plus strittigen theoretischen Echos vormaliger „sozialistischer Ökonomie“ geben auch heute noch mehr Fragen auf als sie zu lösen vorgeben.

Ich möchte im Folgenden in einigen Gedankenschritten die These entwickeln, dass das historische Produktivkraftniveau für eine Systemtransformation im fortgehenden 20. Jahrhundert *noch nicht* erreicht, dass das gesuchte transzendierende Produktivkraftensemble in Vorbereitung, aber *noch nicht* hinreichend ausgebildet war. Mit anderen Worten, der sogenannte *Realsozialismus* wäre besser oder bestenfalls als *prä-sozialistische Formierung* zu begreifen und von der Eröffnung einer *Übergangsepoche* kann eigentlich erst an der Wende zum 21. Jahrhundert die Rede sein.

Zur Gewinnung eines reproduktionstheoretischen Ansatzpunktes

Das Rätsel einer nichtkapitalistischen Ökonomik scheint ein regelrechter gordischer Knoten zu sein. Kann man sich da mit Blick auf die schon von Marx hinterlassenen offenen Fragen mit der Feststellung beruhigen: „Für die Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags zum Wirtschaftssystem des zukünftigen Sozialismus, dem neuen Staatsgebilde sowie der Organisation der sie tragenden Massen, blieb (Marx) daher keine Zeit mehr“?⁶² Die pro-

⁵⁶ MEW 19: 13-32

⁵⁷ Luxemburg 1913

⁵⁸ Heinrich 1999

⁵⁹ Zeller 2004, auch Harvey 2005: 136 ff zur Akkumulation durch Enteignung

⁶⁰ Altvater 2002

⁶¹ Altvater 2005, dazu die Kritik: Müller 2006

⁶² Dieterich 2006: 91

vozierende Gegenthese lautet, dass Marx das Problem einer nichtkapitalistischen Ökonomik gar nicht lösen konnte:

Die zahlreichen Marxschen Vorgriffsversuche waren im Grunde dadurch blockiert, dass er zu seiner Zeit, in einer Frühphase der kapitalistischen Entwicklung, ein rein industriewirtschaftlich warenproduzierendes System als *Totalität* konzipierte. Auch das theoretische und praktische Scheitern der bisherigen industriewirtschaftlich-planwirtschaftlichen Konzepte verweist darauf, dass der klassische kapitaltheoretische Ansatz ein Fundamentalproblem mit sich bringt: Die spezifischen wertgesetzlichen, waren- und kapitalwirtschaftlichen Implikationen dieser Figuration⁶³, wenn man so will ihre kybernetischen Eigenschaften, stellen sich einer bruchlosen Subsumtion unter den „general intellect“⁶⁴ der Gesellschaft objektiv-prozessual entgegen. Die verquere Formel von einer „Ausnutzung“ oder „Anwendung des Wertgesetzes“⁶⁵ war im Grunde Ausdruck einer derart gestörten Praxis. Auch der in der DDR durchaus noch versuchte Einsatz fortgeschrittener Computer- und Datentechnik konnte das spannungsreiche Mischgebilde gegensätzlicher ökonomischer Kalküle nicht in eine funktionierende, geschweige überlegene Reproduktionsform verwandeln.

Wenn dies zutrifft, dann ist es nicht möglich, aus dem Reproduktionschema eines rein warenwirtschaftlich-industriellen Prozesses, das heißt aus der Modellierung dieses zwar gravitatorischen, aber zugleich partiellen Bewegungszentrums des Arbeits- und Wirtschaftslebens, die historische Alternative zu entwickeln. Zur Erforschung einer Systemalternative muss von vornherein das *gesamte System der gesellschaftlichen Arbeit auf der Entwicklungsstufe einer reiferen kapitalistischen Gesellschaft* veranschlagt werden. Ein entsprechender reproduktionstheoretischer Ansatz kann an die originäre Marxsche *Forschungsstrategie*⁶⁶ anknüpfen, die der nach einigem Hin und

⁶³ Marx war wesentlich von Quesnay's *Tableau economique* inspiriert, dem „genialsten Einfall“ vormaliger Wirtschaftstheorie. Er untersucht das Kreislaufgeschehen im 2. Band des Kapitalwerks unter dem Titel „Die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals“. Die Reproduktionsschemata der einfachen und erweiterten Reproduktion modellieren innere sachlich-wertliche Strukturen einer industriellen Warenproduktion als „Totalität“. Vgl. MEW 24: 351-518.

⁶⁴ MEW 42: 594

⁶⁵ Zur DDR-Diskussion über die Anwendung oder Ausnutzung von Wertgesetzlichkeiten s. Beiträge u.a. von Fritz Behrens oder Fred Oelßner.

⁶⁶ Zeugnis geben vor allem die „Theorien über den Mehrwert“ und darin verstreute, äußerst konzentrierte wert- und reproduktionstheoretische Überlegungen und Modellierungen. Vgl. MEW 26.1, 26.2, 26.3

Her schließlich gewählten speziellen, „artistischen“ *Darstellungsweise* der Kapitaltheorie vorausging. Dadurch sollte es auch möglich sein, über kapitaltheoretische Diskurse hinauszugehen, die sich auf der Abstraktionsebene des „Kapitals“ oder Kapitalismus „im allgemeinen“ halten⁶⁷, und hin zu realistischen Reproduktionsszenarien, zur heutigen wirtschaftlichen Prozesswirklichkeit und vielleicht zu neuen Schlussfolgerungen zu kommen:

In die entsprechende Modellierung des Reproduktionszusammenhangs müssen heute auch die ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit und die Wirklichkeit genuin gesamtgesellschaftlicher und im daher Prinzip aus Steuern finanzierter, sozial-kultureller und infrastruktureller Produktionen einbezogen werden. Diese „sozialwirtschaftlichen Dienste“⁶⁸ werden herkömmlich der Kategorie „unproduktiver Arbeit“⁶⁹ zugeschlagen und in diesem Sinne nicht als konstitutiv angesehen, während sie heute sozusagen als die *andere Hälfte der Wirtschaft* figurieren. Diese reifere politisch-ökonomische Grundfigur einer gesellschaftlich kombinierten Arbeit zeichnete sich erst auf dem Entwicklungsniveau des fordistischen Akkumulationsregimes und der damit schließlich verknüpften Sozialstaatlichkeit und modernen urbanen Zivilisation deutlicher ab.⁷⁰

Aber selbst damit war im fortgehenden 20. Jahrhundert erst eine neue Wachstumsphase eröffnet und noch nicht ein für das System selbst fundamental problematisches Produktivkraftniveau erreicht: Erst durch die Entwicklung der modernen Informatik und Kommunikation im ausgehenden 20. Jahrhundert wurde, über das „automatische System der Maschinerie“⁷¹ hinaus, die ganze Welt der Arbeit und die gesamte Reproduktionsorganisation durch neue Informations- und Kommunikationstechniken revolutioniert. Diese *postfordistische* Umformatierung markiert schließlich den Eintritt in die Zeit der neoliberalen Globalisierung.

Zeichen der neuen Zeit sind schlechthin überflüssig gemachte große Teile der Bevölkerung, eine inländische Wachstumsklemme infolge chronischer

⁶⁷ Auf dem Lesezeichen für jegliches Studium der Kapitaltheorie sollte stehen: „Alle diese Sätze nur richtig in dieser Abstraktion für das Verhältnis auf dem jetzigen Standpunkt. Es werden weite Beziehungen hineinkommen, die sie bedeutend modifizieren.“ MEW 42: 246 f.

⁶⁸ Ausführlicheres zur Begriffsbildung „sozialwirtschaftliche Dienste“ und zur Konzeptualisierung der entsprechenden neuen Reproduktionsabteilung s. Müller 2005.

⁶⁹ Entscheidende Partien finden sich in MEW 26.1: 122 ff.

⁷⁰ Die Staatsquote ist ein Hauptindikator dieser Entwicklung. Dazu Müller 2001b.

⁷¹ MEW 42: 592 ff.

Überakkumulation und Überproduktion, aus dem fortwirkenden verwertenden Treiben und produktivistischen Trieb erwachsende Zwänge zum Export, zu Auslandsinvestitionen und zum operativen Stellungsausbau der Unternehmungen im Weltmarkt, schließlich enormes Wachstum und Verdichtung des weltwirtschaftlichen Verkehrs. Dieser bietet anscheinend noch einmal erweiterten, letztendlich globalen Spielraum und damit besondere, auch finanzkapitalistisch exaltierte Verwertungsmöglichkeiten. Eine spezifische neue Qualität und zugleich Schranken der Globalisierung liegen anscheinend im systemischen Zwang aller zunehmend industriell entwickelten, den gegenseitigen Warenaustausch und den Kapitalexport zu forcieren. Die moderne Weltwirtschaft gründet derart in tendenzieller *Überakkumulation, Überproduktion und einer Überkonsumtion*, welche auf grotesken Elends- und Benachteiligungs-, Ausbeutungs- und Ausplünderungsstrukturen in weniger entwickelten Wirtschaftsräumen und Weltsphären im In- und Ausland aufsetzt und zu zunehmender Überbeanspruchung, tendenziell sogar zum Ruin der natürlichen Lebensgrundlagen führt. Dies alles sind Anzeichen einer Scheinblüte, eines noch einmal wuchernden und zugleich *finalisierenden Stadiums*⁷² der Krebsökonomie, in dem „alle Widersprüche zum Prozess kommen“ und sich Anzeichen des „Drängens zur Annahme einer neuen Gestalt“ mehren.⁷³

Das Zwischenergebnis lautet, dass der Schlüssel für die politisch-ökonomische Analytik heute in der Modellierung einer der veränderten sozialhistorischen Wirklichkeit abgewonnenen, erweiterten Reproduktionsordnung liegt. Diese konnte Marx als solche nicht kennen. Sie hat sich erst im fortgehenden 20. Jahrhundert und in einem neuen Entwicklungsschub an der Wende zum 21. Jahrhundert kristallisiert und bildet den Ausgangspunkt weitergehender historischer Tendenzen und möglicher Eingriffe angemessen ab.

⁷² Der Ausdruck „finalisierendes Stadium“ wendet sich gegen Krisentheorien, welche den von Marx *finally* annoncierten *violent overthrow* wortwörtlich nehmen und auch politisch darauf orientieren, dass *die Blase platzt*. Vgl. MEW 42: 643. Eher sollte geprüft werden, ob der überentwickelte, global vernetzte Kapitalismus nicht in bestimmter Hinsicht *feudale Züge* annimmt, aus welchen *spezifischen Quellen* er sich noch weiterhin nähren kann, um finalisierend, auf einer ganzen Wegstrecke *gegensätzlicher Zivilisationsentwicklung*, weiter tödliche Blüten zu treiben.

⁷³ MEW 42: 154

Methodenfragen der Wissenschaft der politischen Ökonomie

Die Wiedergewinnung eines geschichtsmaterialistischen und reproduktionstheoretischen Ansatzes bedeutet die Verabschiedung von allen Versuchen zu technizistischen oder idealisierenden Alternativkonstruktionen. Sie erhellt zugleich wesentliche Aspekte der Methode⁷⁴, wie Marx sie verstand: Dessen Schwerpunktbildung oder Selbstbeschränkung auf die Analyse einer *industriewirtschaftlich geprägten Praxistotalität*, auf die Offenlegung deren *innerer Widersprüchlichkeit* und systemischer *Schranken der Existenzfähigkeit* erklärt sich als theoretische Projektion in einem wirtschaftsgeschichtlichen Frühstadium der kapitalistischen Entwicklung.

Wenn es aber nicht mehr um das *Werden* einer solchen *Praxistotalität* geht, sondern eine *historische Übergangsepoche* zu einer neuen Produktionsweise und Gesellschaftsform eingeleitet ist, ergeben sich Konsequenzen für die Logik der Forschung: Jetzt ist das Feld des *gesamten Form- und Perspektivenwandels* real eröffnet. Es muss in voller Ausspannung theoretisch antizipiert und erschlossen werden unter der Vorannahme, dass das Neue, mehr oder weniger noch latent oder schon durchschlagend, bereits in Prozess gesetzt ist.⁷⁵ Die ganze Forschungsanstrengung verläuft sich so in die letztendliche Aufgabe, den Standpunkt und die Perspektive der möglichen, zivilisatorisch höher stehenden Reproduktions- und Gesellschaftsform zu erobern. Im Zuge der Gewinnung der neuen Praxisperspektive und damit eines *höheren Begriffsvermögens* könnten zunehmend die Potentiale und Vorformen des Neuen an der Front des fortgehenden Theorie-Praxis-Prozesses identifiziert werden, um gezielter im Transformationsgeschehen einzugreifen.

Das heißt, der traditionelle Horizont der *Kritik der politischen Ökonomie* kann und muss heute im Sinne einer *Utopistik der politischen Ökonomie* überschritten werden: An ein entsprechendes Szenario der politökonomischen Praxis sollten also wert-, reproduktions- und transformationstheoretische Fragen herangetragen werden, die sowohl Aufschluss über Wertgesetzlich-

⁷⁴ Vgl. Nachwort zur zweiten Auflage in „Das Kapital“ und „Die Methode der politischen Ökonomie“, letzteres in MEW 42: 34 ff. In den Randglossen zu A. Wagners Lehrbuch der politischen Ökonomie heißt es sehr schön, dass „meine *analytische* Methode, die nicht vom Menschen, sondern der ökonomisch gegebenen Gesellschaftsperiode ausgeht, mit der professoral-deutschen Begriffsanknüpfungsmethode nichts gemein hat“. Siehe MEW 19: 371.

⁷⁵ „Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse - uns so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet“. MEW 42: 373

keiten und konkreten Tendenzen der Kapitalwirtschaft in der Zeit der Globalisierung als auch über ein in deren Reproduktionsfiguren und Arrangements bereits eingeschriebenes neues Produktivkraftensemble, eine systemische Alternative, deren Wertformen, Reproduktionsmodi und Sozialverfassung geben können. So geht es um Schritte auf neues Terrain, für die es allerdings kein zielführendes Navigationsprogramm gibt oder für die gar eine Verfahrensregel in dem Sinne angegeben werden könnte: „Ganz so, wie Marx und Engels das schon vor 160 Jahren geplant hatten.“⁷⁶

Thesen zur sozialwirtschaftlichen Systemalternative

Der methodologische Exkurs sollte deutlicher machen, dass die gesuchte konkrete Alternative mit negatorischer Logik und durch kybernetisch-systemische Konstruktionen schwerlich einzuholen ist. Ich versuche daher zunächst, auf dem anderen Weg einer *transformationstheoretischen Praxisanalytik* die Umrisse einer möglichen neuen Wirtschaftsweise fassbarer zu machen: Anhand diese Kontrast- und Interpretationsfolie können die aufgeworfenen Fragen einer „sozialistischen Ökonomie“ vielleicht eingehender und spannender diskutiert werden:

In utopistischer Forschungsorientierung wird der Horizont traditioneller Kritik und Krisentheorie überschritten und lautet die Frage, wo und wie sich innerhalb des Reproduktionsgeschehens ein neues systemisches Arrangement kristallisiert, eine neuartige Praxisformierung ankündigt. Marx hat beispielsweise sogar in der Entwicklung von „Aktienkapital“ gewisse industriekapitalistische Reife- und Übergangserscheinungen⁷⁷ oder in Genossenschaften⁷⁸ die Anlage zu einer zukünftigen gesellschaftlichen Formbildung gesehen.

Die heutige, organisch ausgeformtere, reifere kapitalistische Reproduktionsform kann aber nicht mehr nur als eine industriewirtschaftliche Totalität dargestellt werden: Die unstillbar produktivistische Entwicklung hat im gleichen Atemzug mit der industriellen Entwicklung auch den typischen urban-zivilisatorischen Kokon der modernen Gesellschaft materiell heraus-

⁷⁶ Dieterich 2006: 185

⁷⁷ MEW 42: 436

⁷⁸ „Wir sprechen von der Kooperativbewegung, namentlich den Kooperativfabriken, diesem Werk weniger kühnen hands. Der Wert dieser großen Experimente kann nicht überschätzt werden ... Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“ Vgl. MEW 16: 5-13

gearbeitet und zur eigenen Existenzvoraussetzung gemacht. Damit ist neben die klassischen Wirtschaftsabteilungen, welche Produktionsmittel und Konsumtionsmittel erzeugen, eine neue, *sozialwirtschaftliche* Fraktion der gesellschaftlichen Arbeit getreten. Vermittelt durch einen enormen, gesamtgesellschaftlich durch Steuern und Abgaben organisierten Werttransfer produziert diese die allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Dem entsprechend ist, in der reinen Grundform dieser Reproduktionsordnung, die Aneignung sozialwirtschaftlicher Dienste durch die Bürger *unmittelbar* kostenlos wie die der Schulbesuch, die Straßenbenutzung oder Leistungen der Sozialversicherung.⁷⁹

Im kapitalwirtschaftlichen Betriebs- und Systemkalkül rangiert der sozialwirtschaftliche Fonds gesellschaftlicher Arbeit aber als nicht mehrwerterschaffend und daher negativ, als unproduktiver Ballast oder als Luxus: Während also letztthin im informatisierten und automatisierten industriewirtschaftlichen Bereich samt dort aus- bzw. angelagerter Dienstleistungen immer weniger Menschen beschäftigt werden können, wird der wirtschaftsgeschichtlich ausdehnungsfähige, sowohl existenziellen wie zivilisatorischen Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Menschen gemäße Teil der sozialwirtschaftlichen Produktionen funktionell *disparitätisch* und *repressiv* behandelt. Oder er wird, im Gegensatz zu seinem sachlichen oder gesellschaftlichen Naturell, restriktiven und entstellenden Formzwängen der Kapitalverwertung unterworfen.⁸⁰

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation macht sich die Doppeldeutigkeit der sozialwirtschaftlichen Dienste, einerseits ein Kostenfaktor des warenproduzierenden Bereichs zu sein, aber auch als Investitions- und Gewinnfeld zu locken, immer stärker geltend. Auf der anderen Seite wachsen Bestrebungen und Proteste gegen die relative Benachteiligung der dort Beschäftigten sowie für die Sicherung sozialwirtschaftlicher Grundversorgung und Zivilisationsleistung. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich die praktische Unmöglichkeit einer zufriedenstellenden Finanzierung aus der überwiegenden Besteuerung von Einkommen, so dass praktisch aus unablässig wachsenden Staatsschulden finanziert wird. Die *Privatisierung des Öffentli-*

⁷⁹ In den vielgestaltigen Übergangs- und Mischformen zwischen öffentlichen Institutionen, staatlicher Finanzierung oder Subventionierung und privatwirtschaftlicher oder gemeinnütziger Betriebsweise drückt sich eine objektive Unentschiedenheit hinsichtlich der grundlegenden Formfrage aus. Siehe dazu Schui 2006.

⁸⁰ Siehe dazu den Beitrag von Werner Rügemer im vorliegenden Sammelband.

chen erscheint so als probates Mittel, um neue Profitmöglichkeiten zu erschließen, vermeintlich zu hohe Soziallasten zu senken und gleichzeitig die Staatsschuld zu reduzieren.

Marx hat in der heute akuten Tendenz zur Privatisierung der sozialen Dienste und infrastruktureller Produktionen bereits eine spätkapitalistische Tendenz, ein Anzeichen für eine „höchste Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktion“ gesehen.⁸¹ Aber er konnte nicht voraussehen, dass es nicht mehr nur um diese oder jene Projekte wie einen Straßenbau, Eisenbahnbetrieb und andere Großunternehmungen geht, die kapitalwirtschaftlich vereinnahmt werden, sondern um eine wesentlich durch die ökonomischen Funktionen des modernen Sozialstaats vermittelte *andere Hälfte der Wirtschaft und Arbeit*.⁸²

Erst damit kann sichtbar werden, dass deren Entfaltung - bis hin zu einer gesellschaftlich garantierten, ökonomisch paritätischen Stellung im Verhältnis zum anderen Sektor - die Grundfunktionalität des Systems verändern und ein Emanzipationsfeld gesellschaftlicher Arbeit eröffnen könnten. Dies ist jedenfalls die zentrale These im Konzept „Sozialwirtschaft als Systemalternative“.⁸³

Die wesentliche immanente Schranke der Kapitalwirtschaft besteht darin, dass sie die aus ihrer Perspektive „unproduktive Arbeit“ der sozialwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht im vollen Sinne als wertbildend fungieren lassen, sich als andersartige gemeinützig-gemeinwirtschaftliche Formbildung ausbreiten oder gar als ganze Wirtschaftsabteilung expandieren lassen kann, sondern tendenziell eindämmt oder verwertungsökonomisch integriert und damit deformiert.⁸⁴ Statt die Emanzipation sozialwirtschaftlicher Dienste und damit überhaupt die Entfaltung zivilisatorischer Produktionen und deren angemessene gesellschaftliche Aneignung zu ermöglichen, wird aus einer Situation der Überakkumulation und Überproduktion letztlich die Expansion in den Weltmarkt, mit anderen Worten: die neoliberale Globalisierung erzwungen.

Mit dieser Öffnung des Ventils verwandelt sich die nationalökonomische Basis in eine Werkbank für globale kapitalistische Groß- und Konkurrenz-

⁸¹ Vgl. MEW 42: 430-440. Marx' Erörterungen brechen mit der Bemerkung ab, dass die Angelegenheit „an diesem Punkt noch nicht scharf gezeichnet werden kann“.

⁸² Müller 2001b: 922

⁸³ Müller 2005b

⁸⁴ Siehe dazu Werner Rügemer im vorliegenden Sammelband.

unternehmungen und verstärkt sich der allgemeine, stets wirksame kapitalwirtschaftliche Druck auf das Lebensniveau breiter Teile der arbeitenden und noch mehr der nichtarbeitenden Bevölkerung. Zugleich wird der ansonsten möglichen inneren Transformation des Systems mit probaten Mitteln entgegen gearbeitet: Alle ideologischen Agenturen, jeglicher marktschreierische Stumpsinn wird gegen den aktiven Sozialstaat mobilisiert, die Umwidmung sozialwirtschaftlicher Produktionen in Privatunternehmen gefordert, mit berechnender Doppelzüngigkeit für die unkontrollierte Öffnung anderweitiger Warenmärkte und Investitionsfelder geworben und zwecks weltweiter Auspressung und Aneignung von menschlichen und natürlichen Ressourcen interveniert.

Die dennoch bestehende, latente Potentialität der konkreten Alternative würde jetzt auch nicht mehr dadurch aus der Welt geschafft, dass sich trotz aller kleinen und großen Katastrophen weiterhin eine „transformistische Flexibilität“⁸⁵ der Kapitalwirtschaft zeigt oder dass sich zunächst sogar ein neuer Schub des sozial und ökologisch destruktiven Produktivismus und Expansionismus einstellt. Die latente Drohung der Alternative lässt nicht nach, auch wenn die Erstreckung der eröffneten Übergangsperiode heute noch nicht genauer abzusehen ist. Im Gegenteil: Je länger und je mehr die weitertreibende ökonomische und zivilisatorische Entwicklung in schreienden Gegensätzen verläuft, desto akuter wird die gesellschaftliche Frage nach einer konkreten Alternative:

Der real-mögliche andere Entwicklungspfad oder das mögliche nichtkapitalistische politisch-ökonomische System beruhte auf der Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer heute noch volkswirtschaftlich prekären Stellung als Unkostenfaktor der Kapitalwirtschaft, so dass waren- oder industriegewirtschaftliche Arbeit und alle sonstige gesellschaftlich notwendige, nützliche und sinnvolle Arbeit als gleich wertbildend rangieren. Ein solches *paritätisches Verhältnis zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit* ist herstellbar durch die Vermittlung der Steuern, Haushalte und damit einhergehenden Entscheidungen staatlicher Instanzen, das heißt dazu berufener wirtschaftsgesellschaftlicher Organe. Die durchsichtige und gesellschaftlich kontrollierte Instituierung dieses Zusammenhangs bedeutete aber nichts weniger als eine neue Reproduktionsordnung, eine neue Gestalt der Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, mit der qua-

⁸⁵ Altvater 2002

litativ veränderte ökonomische Funktionen und Formbildungen einhergehen.⁸⁶

Diese müssen nicht als Kopfgeburten oder erst nach einem systemischen Bruch in einer fernerer Zukunft kreiert werden. Sie können vielmehr in Vorformen und Elementen, ökonomischen Mischformen und innerlichen Funktionszusammenhängen des modernen Wirtschaftslebens entdeckt und befördert werden.⁸⁷

Im sozialwirtschaftlichen Konzept wird die Warenproduktion weiterhin auch durch Ware-Geld-Formen und Märkte vermittelt, kann aber in gemeinnütziger Form betrieben werden und ist in eine veränderte *Reproduktionsordnung* eingebettet: Ein entsprechend den praktischen Verschlingungen des Reproduktionsgeschehens *exakt notwendiger* steuerlicher Werttransfer verwandelt die effektiven gesellschaftlichen Vorleistungen der sozialwirtschaftlichen Dienste für die warenproduzierende Abteilung von dort wieder in gesellschaftliches Eigentum und übersetzt diesen Wertefonds wieder weiter in gesellschaftliche Arbeit im sozialwirtschaftlichen Bereich: Aus öffentlichen Haushalten und Budgets werden, planvoll und kontrolliert, auf allen Ebenen die allgemeinen und gemeinschaftlichen Dienste und Einrichtungen finanziert. In diesem volkswirtschaftlich kombinierten Zusammenhang operieren sowohl auf dem Gebiet industriewirtschaftlicher Warenproduktionen wie im Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste gemeinnützig-gemeinwirtschaftlich verfasste Betriebseinheiten. Über diesen Kernbereich hinaus können im wirtschaftlichen Leben auch andere Formen eine passende Rolle spielen, beispielsweise private Produktionen in bestimmten Größenordnungen oder Sonderbereichen, eine Vielfalt persönlicher Dienstleistungen sowie sozialproduktive Projekte, Vereinigungen und Institute der verschiedensten gesellschaftlichen Zwecksetzung und Sinnstiftung.

⁸⁶ MEW 42: 417. „Damit die Arbeit sich wieder zu ihren objektiven Bedingungen als ihrem Eigentum verhalte, muss ein anderes System an die Stelle des Systems des Privataustauschs treten, der, wie wir gesehn, Austausch von vergegenständlicher Arbeit gegen Arbeitsvermögen und darum Aneignung der lebendigen Arbeit ohne Austausch setzt“.

⁸⁷ Herbert Schui weist im Zusammenhang der Privatisierungsdebatte darauf hin: „In jedem Fall aber ist daran zu erinnern, dass in den kapitalistischen Ländern umfangreiche Erfahrungen mit der Organisation des öffentlichen Sektors in einem gemischtwirtschaftlichen System gemacht worden sind ... Alle diese europäischen Erfahrungen ... sind die Vorlagen, die uns helfen können, die Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Organisation des gemischtwirtschaftlichen Systems mit einem umfangreichen öffentlichen Sektor zu lösen.“ Vgl. Schui 2006

Diese Grundorganisation des Wirtschaftens bietet jeder notwendigen, nützlichen und sinnvollen gesellschaftlichen Tätigkeit Raum und darin die Möglichkeit ihrer praktischen Bestätigung im Miteinander und auf Gegenseitigkeit. Befreiung der Arbeit hieße jetzt nicht nur einfach Selbstbestimmung des Arbeiters oder schlechthin Aufhebung von Arbeit oder nur humane Gestaltung von Lohnarbeit, sondern *Freisetzung von gesellschaftlich nützlicher und sinnvoller Tätigkeit jeglichen Inhalts*, Freisetzung einer in gesamtgesellschaftlichem Maßstab kombinierten Arbeit: Arbeit nicht mehr eingleisig zum Zweck der Warenproduktion, sondern zur synchronisierten Produktion materieller und kultureller Lebensmittel und der gemeinsamen, zivilisatorisch angemessenen Lebensbedingungen, nicht zuletzt zur Erziehung, Bildung und Information emanzipierter gesellschaftlicher Individuen. Freisetzung von Arbeitsmöglichkeiten in einer neuen, nämlich der spezifisch sozialwirtschaftlichen Formbestimmtheit und im Sinne einer „Ökonomie der Zeit“⁸⁸, in einem zeitökonomisch, menschlich und vernünftig kombinierten, vergesellschafteten Reproduktionszusammenhang.

Mit einer sehr abstrakten Formulierung, die aber die im modernen Wirtschaftsleben bereits angelegte Sollbruchstelle oder die entscheidende systemische Differenz trifft, könnte gesagt werden: Es handelt sich nicht mehr um einen historischen Typ exaltierter, industriewirtschaftlich zentrierter Warenproduktion und daran an- und eingebundener Dienstleistungen, sondern um eine sozialproduktive, intelligenterere und zivilisiertere Generierung der *Lebensform*, das heißt *der Praxis als solcher*.

Konzept einer Äquivalenzökonomie

Zum Verständnis der weiteren Argumentation sollte wenigstens im Umriss der Ansatz einer „Sozialwirtschaft als Systemalternative“⁸⁹ skizziert werden. Von daher ist eine eingehendere, kontrastreichere Untersuchung des vorliegenden Entwurfs der *sozialistischen äquivalenten Ökonomie* möglich. Zunächst wird deutlich, dass die im Konzept der Äquivalenzökonomie⁹⁰

⁸⁸ MEW 42: 105. Dazu auch Marx an Kugelmann am 11. Juli 1868

⁸⁹ Ausführliche Darstellung: Müller 2005b.

⁹⁰ Unter der ‚Anwendung‘ des Äquivalenz-Prinzips wird die Wertbestimmung *aller* Erzeugnisse nach der darin ‚enthaltenen‘ Arbeitszeit verstanden, entsprechend die Entlohnung nach der individuell aufgewendeten Arbeit und der Austausch bzw. die Verrechnung der Leistungen zum ‚echten‘, ‚objektiven‘ oder ‚absoluten‘ Arbeits(zeit)wert. Dieterich 2006: 114, 117 ff. Diese Institutionalität soll zugleich eine Art ‚soziale und ökonomische Gerechtigkeit‘ verbürgen. Dieterich 2006: 122

vorgesehene unmittelbar arbeitszeit- oder arbeitswertbasierte Totalplanung aller wirtschaftlichen Aktivitäten im Grunde weiterhin auf das traditionelle warenwirtschaftliche Reproduktionsschema aufsetzt. Die definitorische Hinzurechnung der Kategorie „Dienstleistungen“⁹¹ ändert das nicht. Mit dieser Anpassung an die reproduktionstheoretisch verunklarenden Begriffsbildung der modernen Wirtschaftswissenschaft werden die Unterschiede zwischen den materiellen Charakteren und ökonomischen Formbildungen der beiden Reproduktionsabteilungen weiterhin verwischt.⁹²

Mit der zu allgemein gefassten oder beschränkten Reproduktionsfigur verbindet sich eine vereinfachte *Arbeitswert-* oder besser *Arbeitszeitwertlehre*: Wenn ökonomischer Wert in letzter Instanz nichts anderes repräsentiert als Arbeitszeit, was liegt dann näher, als den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess wie einen Fluss von Arbeitszeitwertquanten zu interpretieren? So könnte er durch technisch-organisatorische Mittel wie RFID-Prozessoren, Computernetze, Input-Output-Matrizen⁹³ usw. erfasst, abgebildet und auch gesteuert werden, ohne dass das beanstandete Durcheinander marktwirtschaftlicher Prozesse hereinspielt. Das Ganze verläuft sich so in die Idee einer zeitökonomisch perfekten, informationstechnisch rechen- und beherrschbaren, gesellschaftlich budgetierten und kontrollierten Planwirtschaft, die sich als universelles oder globales Modell empfiehlt.⁹⁴

Der Vorschlag zielt auf eine Ökonomik „in welcher als gesellschaftliche Verrechnungseinheit nützlicher Arbeit computerisierte Arbeitszeiten anstelle monetärer Kosten-Preis-Kalkulationen verwendet und unternehmerische Autokratie durch mehrheitsdemokratische Planung“ ersetzt wird. Eine demokratisch koordinierte kybernetische Regulation soll den Markt und sein Preiskalkül ersetzen. Damit wird „Der Markt und sein Preiskalkül als fünftausendjähriger obsoleter Modus der Ressourcenverteilung, ersetzt durch Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum“.⁹⁵

⁹¹ Dieterich 2006: 114

⁹² Auch mit dem Begriff „Daseinsvorsorge“ wird noch herrschende Wirtschaftsideo-logie fortgeschrieben: Es geht hier nicht nur um *Vorsorge*, sondern um die Sicherung *und* Erhöhung der sozial-kulturellen Lebensbedingungen und des zivilisatorischen Niveaus.

⁹³ Dieterich 2006: 110, 111, 163 ff.

⁹⁴ Dieterich 2006: 100, 104!

⁹⁵ Dieterich 2006: 92, 93

Ich sehe hier zunächst nur den Versuch, den historisch gescheiterten Typ planwirtschaftlicher Regulierung auf der Grundlage einer radikal vereinfachten Konzeption ökonomischer Werthaftigkeit neu auf die Tagesordnung zusetzen. Im Grunde wird auf den gewöhnlichen Einwand, dass der Steuerungsmechanismus der Planwirtschaft an der Komplexität der Wirtschaftsvorgänge scheitert, nur mit dem Hinweis auf die grenzenlose Kapazität moderner Datenverarbeitungstechnik geantwortet.

Argumente von Cockshott und Cottrell

Das von Heinz Dieterich vorgetragene Konzept greift zurück auf wert- und wirtschaftstheoretische Ansichten von Arno Peters⁹⁶ und bezieht sich vor allem auf Ideen von Cockshott und Cottrell.⁹⁷ „Wir meinen, dass man drei Hauptideen verbinden muss: Arbeitswerttheorie, kybernetische Regulierung und partizipative Demokratie“.⁹⁸

Helmut Dunkhase hat zu der 1993 erstveröffentlichten Originalausgabe des Buches „Towards a New Socialism“ eine längere Analyse geschrieben, die deutsche Ausgabe „Alternativen aus dem Rechner“ besorgt und in neuerer Zeit unter dem Titel „Sozialismus ist machbar“ noch einmal zu den wichtigsten Grundgedanken zustimmend referiert.⁹⁹ Paul Cockshott, der an der Universität Glasgow im Bereich für Computerwissenschaft arbeitet, bekräftigte auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006: „Die Technik des Sozialismus existiert“.¹⁰⁰

Die Hauptideen der sogenannten Schottischen Schule kehren als Hauptargumente im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wieder, wobei der Vortrag von Cockshott und Cottrell ausführlicher und differenzierter ist, aber keine grundlegend anderen oder neuen Aspekte enthält. Der Gedanke lässt sich zu zusammenfassen: *Sozialistische Ökonomie der Zukunft ist Planwirtschaft auf Grundlage einer technisch-objektivierenden Wertrechnung in Verbindung mit möglichst direkter volksdemokratischer Entscheidung darüber, was und wie im einzelnen produziert wird.*

⁹⁶ Peters 1996, Dieterich 2006: 99-107 u.a.

⁹⁷ Cockshott / Cottrell 2006. Die Autoren geben im Vorwort an, der ursprüngliche Text sei in den späten 80er-Jahren in der Gorbatschow-Periode entstanden.

⁹⁸ Cockshott / Cottrell 2006: 11

⁹⁹ Dunkhase 2003

¹⁰⁰ Cockshott 2006

Es liegt also die *Arbeitszeitwerttheorie* oder das *äquivalenzökonomische* Konzept¹⁰¹ zugrunde, das nicht nur hinsichtlich des inneren Wirtschaftens funktionell sein soll, sondern letztlich und nicht ohne Komplizierungen auch für den äußeren Wirtschaftsverkehr, also auch für die Beziehungen mit einem nichtäquivalenten Wirtschaftsraum oder gar zwischen Gesellschaften auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus operativ gemacht werden muss. Für die werttheoretische Grundlagendiskussion von besonderem Interesse ist dabei, dass Cockshott und Cottrell auf die Marx'schen Einwände gegen ein Stundenzettel-Modell der Ökonomie zu sprechen kommen.¹⁰²

Es erhebt sich nämlich in der Tat die Frage: Steckt hinter der Idee eines derart computersimulierten und plangesteuerten betriebs- und volkswirtschaftlichen Prozesses, der sich auf eine Grundgleichung $\text{Arbeitszeit} = \text{Wert (Preis)}$ stützt, mehr als ein mit technokratischer Phantasie weiterentwickeltes Stundenzettelmodell?¹⁰³ Cockshott und Cottrell können den Marx'schen Einwänden gegen die Idee einer unvermittelte Bestimmung des eigentlichen Produktwerts entsprechend der Arbeitszeit mit dem Hinweis begegnen, dass ihr Modell *gesellschaftliches* Eigentum an Produktionsmitteln voraussetzt und dass die für Produkte geltenden Wertzumessungen jetzt nichts mehr mit *marktlichen* Prozessen zu tun haben: In der „sozialistischen Ökonomie“ ist eine gesellschaftliche Berechnung der Produktionskosten¹⁰⁴ und natürlich eine daran anknüpfende *kybernetische Regulation* des gesamten Reproduktionsgeschehens vorgesehen.

Was aber, wenn das immer noch zugrunde gelegte Denkbild einer industriewirtschaftlichen Güterproduktion überhaupt überschritten und von einer erweiterten, sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung ausgegangen wird? Die aufgeworfenen alten und neuen Fragen können so oder so nicht einfach anhand von Zitaten oder Debatten der Vergangenheit geklärt werden.

¹⁰¹ Zur Äquivalenzökonomie siehe auch die Erläuterungen in Fußnote 90

¹⁰² Cockshott / Cottrell 2006: 46, 163 mit Verweis auf Marx' Kritik an Proudhon in MEW 4: 558 ff.

¹⁰³ Marx befasste sich bereits mit der Idee einer Ökonomik, bei der die in den Waren materialisierte Arbeitszeit „authentisch zu fixieren“ sein soll und ein „board“ existiert, „was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte“. Das Modell laufe z.B. auf eine Art „Papsttum der Produktion“ hinaus. Vgl. MEW 42: 87 ff. Zu der „Grundillusion der Stundenzettler“ siehe auch MEW 42: 73 ff.

¹⁰⁴ Cockshott / Cottrell 2006: 162

Werttheoretische Fragen und Alternativen

Um der Sache weiter auf den Grund zu gehen, möchte ich die werttheoretische Problematik noch einmal grundsätzlicher erörtern: Das äquivalenz-ökonomische Modell postuliert eine durchgängige arbeitszeitwertbezogene Bestimmtheit, Erfassbarkeit und Steuerbarkeit des Wirtschaftslebens. Ist damit der archimedische Punkt der postkapitalistischen Ökonomik gefunden und kann das Ganze letztlich funktionieren?¹⁰⁵

Marx ging zwar davon aus, dass eine *objektive Sinnimplikation* allen ökonomischen Handelns darin besteht, dass seine Werkergebnisse ursprünglich auf einer Verausgabung von Arbeitszeit beruhen. Aber die in einer bestimmten Reproduktionsordnung schließlich in Erscheinung tretenden und fungierenden Werte, beispielsweise monetäre Marktpreise im Zusammenhang kapitalistischer Reproduktion, beruhen auf *praktisch-objektiven Wertformbildungen*, wenn man so will höheren oder verschlüsselten Organisationsformen der Werthaftigkeit. Beispielsweise ist die Mitübertragung des Werts des konstanten Kapitals im Vollzug des kapitalwirtschaftlichen Arbeitsprozesses eine Wertfunktion in dieser Praxisform und keine ahistorische Tatsache oder „Messkategorie“. Eine werttheoretische Grundlegung im Sinne der physikalischen Messung bzw. empirischen Berechnung von time-inputs und die Konstruktion einer neuen „volkswirtschaftlichen Logik“, die auf „objektiven“ Werten beruht, hat daher mit dem Marxschen Ansatz kaum etwas zu tun. Zu dieser theoretischen Distanz gegenüber Marx kommt dann aber noch eine definitive Distanzierung von Grundannahmen der Kritik der politischen Ökonomie:

Es heißt, „erst dieser objektive Charakter des Wertes erlaubt ihm, die Basis einer gerechten Ökonomie zu sein, weil der Austausch von Gütern und Dienstleistungen auf Werten gleicher Größe basieren kann, unabhängig von der konkreten Form und materiellen Gestalt, die Produkte oder Dienstleistungen haben“. Demgegenüber sind Preise heutzutage etwas Willkürliches, „im wesentlichen das Resultat der Kräftekorrelation zwischen den ökonomischen Faktoren“.

¹⁰⁵ Dieterich bemerkt, dass es hier ums Ganze geht: „Wäre diese These der Inexistenz objektiver Werte richtig, dann könnte es natürlich auch keinen Austausch objektiv gleicher Werte geben, wodurch das Ideal der Äquivalentenökonomie zur Schimäre würde“, vgl. 2006: 123. Oder es bestünde „die einzig wirklich reale sachlich-theoretische Schwierigkeit für die Ersetzung kapitalistischer Marktwirtschaft durch eine gebrauchswertorientierte demokratisch-sozialistische Ökonomie in diesem dritten Faktor: der effizienten kybernetisch-demokratischen Regulierung einer globalisierten komplexen Wirtschaft durch die Staatsbürger.“ So Dieterich 2007.

mischen Subjekten... Der Preis in der Marktwirtschaft ist das was der Revolver beim Banküberfall ist.“ So sei es letztlich eine „irreführende Vorstellung, dass die Preise in einer Marktwirtschaft um ihre Werte oszillieren, sozusagen also das Epizentrum der Werte darstellen“.¹⁰⁶

Mit der These, dass die Preisstellung in der kapitalistischen Marktwirtschaft keinen realen Bezug mehr zu „eigentlichen“ Arbeitswerten aufweist, wird das Fundament der Marxschen Kapitalanalyse gesprengt. Denn demzufolge bietet die Kapitalwirtschaft zwar in bestimmter Hinsicht ein anarchisches Bild, beispielsweise was das Marktgeschehen und die Produktionsstruktur angeht, aber so, dass sich dabei im Durchschnitt oder letzten Endes immer wieder eine Wertgesetzlichkeit geltend macht. Es heißt etwa, dass den Beteiligten „das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“¹⁰⁷, wenn sich der unabhängig vom einzelnen Willen und Tun bestehende, effektive Gesamtzusammenhang der übergreifenden gesellschaftlichen Reproduktion geltend macht. Das „Wertgesetz“ ist in diesem Sinne wie ein Gesetz der Schwerkraft definiert, was nicht damit widerlegt werden kann, dass es eine Masse irdischer oder eben auch ökonomischer Phänomene der scheinbaren Schwerelosigkeit gibt.

Den Ausführungen über *objektive* Werte und darauf beruhende Rechnungsstellungen ist praktisch entgegenzuhalten: Bereits die fungierenden Werte einfacher Industrieprodukte sind nicht objektivistisch mess- oder bestimmbar, weil schon mit der allgegenwärtigen Kalkulation betrieblicher Gemeinkosten der Boden des Empirischen verlassen werden muss. Das Argument einer *objektiven* Messbarkeit sticht dann umso weniger, je mehr die in der Produktion unmittelbar verausgabte Arbeit schwindet und sich „der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess verhält“¹⁰⁸. Oder es müsste, geht man von der Alternative einer „sozialwirtschaftlichen“ Reproduktionsordnung aus, der Wert der *produktiven Tätigkeit* der sozialwirtschaftlichen Dienste, de facto gesamtwirtschaftliche Gemeinkosten, als Vorleistung in den betriebswirtschaftlichen Wertehaushalten der Warenproduktion zur Erscheinung kommen, müsste dort *nach Maßgabe erst noch vorzugebender Kalkulationsrichtlinien* als *Kapitalwert* veranschlagt werden und böte so den Ansatzpunkt zu der volkswirtschaftlich notwendigen Besteuerung bzw. zum Wertetransfer. Demgegenüber wäre die Finanzierung sozialwirtschaftlicher Dienste als *unproduktive Arbeit* aus dem *Mehrwert* eine

¹⁰⁶ Dieterich 2006: 161, 175

¹⁰⁷ MEW 23: 89

¹⁰⁸ MEW 42: 601

typisch kapitalistische Wertfunktionalität, die eben diesem System der gesellschaftlichen Arbeit eigen ist und praktisch ganz andere Konsequenzen nach sich zieht.

Die Beispiele sollen bekräftigen, was auch bittere Erfahrungen aus realsozialistischen Experimenten lehren: Das moderne Wirtschaftsleben stellt ein ungeheuer vielstelliges und vielgestaltiges System der gesellschaftlichen Arbeit dar, das ohne die Vermittlung durch praktisch-objektive Wertformbildungen und deren systemisch konkordante Handhabung im betriebswirtschaftlichen Prozess, in der ökonomischen Kommunikation und auf Ebene des volkswirtschaftlichen Zusammenschlusses nicht operieren, kalkulieren und bilanzieren kann. Durch den Rückgriff auf vermeintlich „objektive“ Arbeitszeitwerte wird nur der schwierigen Aufgabe ausgewichen, die Wertformen und Wertgesetzmäßigkeiten, auch die Rolle marktlicher Vermittlungen¹⁰⁹ innerhalb einer nichtkapitalistischen Produktionsweise zu klären. Dies ist aber trotz der kaum noch zu überschauenden und teilweise sehr schwierigen Analysen und Debatten unausweichlich, wenn denn zur Wirtschaft der Zukunft etwas Stichhaltiges ausgesagt werden soll. Vielleicht trägt die Klärung werttheoretischer Fragen einer höheren Reproduktionsform letztendlich auch zur Beantwortung alter Rätsel- und Streitfragen bei?

Transformation des ökonomischen Systems und Kalküls

Alle alten und neuen Fragen zur ökonomischen Werthaftigkeit sind gewissermaßen verknüpft in der Problematik des ökonomischen Kalküls, des Systemkerns einer ökonomischen Figuration.¹¹⁰ So ist der kapitalwirtschaftlichen Praxis die „Logik der Kapitalverwertung“ eingeschrieben, ein unstillbarer Rationalisierungs-, Akkumulations- und Wachstumszwang, der sich zugleich in der vorherrschenden Motivation der Kapitalwirte und im Denken kollaborierender Profiteure reflektiert. Das Krebskalkül der Kapi-

¹⁰⁹ Siegfried Wenzel gibt zum informationstechnisch gestützten Arbeitszeitwertmodell zu bedenken, „dass allgemeine gedankliche Vorstellungen auf dem Gebiete der Ökonomie nur erste Schritte für die Erfassung und Beherrschung der vielfältigen realökonomischen Vorgänge darstellen und allzu leicht bereits für die volle Lösung gehalten werden“. Er kommt zu dem Schluss, dass „gegenwärtig außer dem demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus kein Konzept sichtbar (ist), das im Rahmen zumindest einer längeren Übergangsphase brauchbare ökonomische Steuerungsinstrumente beinhaltet“. Wenzel 2006: 820, 823

¹¹⁰ Eine zentrale Bedeutung erhielt der Begriff „Kalkül“ durch die immer noch anregende Studie von Charles Bettelheim: *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft*. Siehe Bettelheim 1972.

talwirtschaft wirkt durch milliardenfache ökonomische Einzelentscheidungen und Einzelereignisse und programmiert das Wirtschaftsgeschehen auf nicht unmittelbar sichtbare Weise.

Von einer neuen Produktionsweise könnte daher nur die Rede sein, wenn eine veränderte Reproduktionsordnung konfiguriert und gezeigt würde, inwiefern darin praktisch-objektiv eine zivilisatorisch höher stehende politisch-ökonomische Grundfunktionalität waltet. Richtig findet sich auch bei Heinz Dieterich der Gedanke des notwendigen qualitativen Sprungs im Zuge der Instituierung einer zukünftigen Ökonomik. Ihr soll das Neue nicht einfach von oben aufgeherrscht werden, sondern eine inhärente neue Qualität darstellen.

Daher leuchtet die Feststellung ein, dass die bereits durchexerzierte Verstaatlichung der Produktionsmittel bei Beibehaltung herkömmlicher Marktvermittlungen im Kern nichts ändert: „Doch ist andererseits klar, dass die neue staatliche Eigentumsform bei Beibehaltung der zentralen Funktionsmechanismen der Marktökonomie nicht das Transformationspotential entwickeln konnte, das notwendig war, um eine qualitativ andere Produktionsweise herbeizuführen“.¹¹¹ In diesem Sinne wird ein „Marktsozialismus“ verworfen.

Hinzuzufügen ist heute im Hinblick auf Diskussionen und Strömungen einer *Alternativen Wirtschaftspolitik*, dass auch die Umstellung von der neoliberalen zu einer neo- oder links-keynesianischen Wirtschaftspolitik noch keine grundlegende systemische Umstimmung bedeutete. Es handelt sich dabei zunächst nur um das Projekt einer in gewissem Umfang möglichen volksfreundlichen Moderation und gesellschaftlichen Einhegung der markt- und kapitalwirtschaftlichen Prozesse¹¹². Die von *Keynes* selbst vertretene Krisendiagnose und seine differenzierten Ideen für eine „regulierte Ökonomie“ gehen allerdings weiter als ein *Keynesianismus* und weisen möglicherweise in eine positive Richtung.¹¹³ Ob die Hoffnung begründet ist, dass

¹¹¹ Dieterich 2006: 183

¹¹² Dräger 2006 weist darauf hin: „Auch die alternative und antikapitalistische europäische Linke bedient sich überwiegend im konzeptionellen Arsenal des wachstumsorientierten Keynesianismus“. Bei Leibiger 2006 werden als Vertreter eines linken Post-Keynesianismus Karl-Georg Zinn und Rudolf Hickel genannt. Die aktuelle Debatte reflektiert der Workshop ‚Keynesianische Ökonomie als alternative Ökonomie‘ der RLS im Februar 2006. Die prominenteste Vertretung eines Neokeynesianismus stellt wohl die Memorandum-Gruppe dar, siehe Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2006, ebenso die Euromemoranden.

¹¹³ Bischoff / Lieber 2006: 13 u. Bischoff (2006)

in der Verfolgung eines solchen Weges eine weitertreibende Dynamik entsteht oder eine Ausgangsposition für eine weitergehende Transformation gewonnen werden kann, bleibt weiter zu prüfen.

Ganz anders vertritt im äquivalenzökonomischen oder computersozialistischen Konzept die Arbeitszeitrechnung in Verbindung mit radikaler Wirtschaftsdemokratie die Stelle eines neuen ökonomischen Kalküls. Ein gesellschaftlich kontrolliertes Dirigat über die in subordinierten Produktionseinheiten verfügbaren oder objektivierten Arbeitszeitquanten soll die Marktvermittlung überflüssig machen und speziell auch die Aneignung beziehungsweise Verteilung des Mehrprodukts regeln. Der Unterschied der alten und der neuen Produktionsweise wird so auf den Punkt gebracht: „Beide Ökonomien sind getrieben durch den Imperativ steigender Produktivität, doch in der Äquivalenzökonomie entscheidet der Beschäftigte als Subjekt über die Höhe der Mehrarbeitsrate, während er im Kapitalismus lediglich ein Objekt der Ausbeutungsbestimmungen der Unternehmermagnaten ist. Die Exploitationsrate der direkten Produzenten in einer realdemokratischen Ökonomie kann nur von ihnen selbst bestimmt werden“.¹¹⁴

In diesem *Imperativ steigender Produktivität* scheint noch das planwirtschaftliche Modell aus der Mitte des 20. Jahrhunderts durch, das heißt auch die traditionelle Fixierung auf das Reproduktionsmodell einer waren- und industriewirtschaftlichen Totalität und eine in der Systemkonkurrenz auf Wachstumsraten ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Kann dies die Wirtschaft der Zukunft sein angesichts des erreichten Standes der Produktivität bzw. Überakkumulation und Überproduktion? Selbst bei einer Ausgangsposition im zivilisatorischen Rückstand würde sich heute das einfache Modell einer nachholenden Industrialisierung kaum empfehlen: Die Entwicklung in China¹¹⁵ bietet Beispiele für die extremen, negativen Konsequenzen.

Eine entkrampfte, nachhaltige und ausgewogene Reproduktionsdynamik kann so nicht erwachsen. Das *politisch-ökonomische Paradigma der Zukunft* liegt daher nicht primär in warenwirtschaftlichen Maximierungsstrategien, sondern in einer gesellschaftlich konkordanten sozial-ökonomischen Entwicklung, die in der Reproduktion des gesamten subjektiv-objektiven Ensembles der Praxis, der Lebensform als solcher, ihr eigenes Optimum definiert. So könnte auch in der technologischen und materiellen Dimension etwas wahrhaft Besseres erreicht werden als unter einer neoliberalen oder einer staatskapitalistischen *Diktatur des Produktivismus*.

¹¹⁴ Dieterich 2006: 177

¹¹⁵ Ausgezeichnete Quellen: Peters 2005 sowie Le Monde diplomatique 2007

Marx hat bezüglich der Wirtschaft der Zukunft vor allem die Notwendigkeit einer durchsichtigen, vernünftigen Verteilung der verfügbaren Arbeitszeit auf die verschiedenen Produktionszweige¹¹⁶ angesprochen. Dieser Weisung möchte das computersozialistische Arbeitswertkonzept unmittelbar entsprechen, kann sich dabei aber nicht auf jenen berufen. Denn Marx hat trotz mancher vorgreifenden Erörterung letztlich nicht geklärt, durch welche ökonomischen Formbildungen, Steuerungslogiken und Medien¹¹⁷ ein zeitökonomisches volkswirtschaftliches Optimum erreicht werden kann. An anderer Stelle weist Marx darauf hin, dass in der zukünftigen Gesellschaft die Bereiche wie Bildung, Gesundheit usw. anwachsen.¹¹⁸ Diesen Grundgedanken entspricht die Konzeption der *Sozialwirtschaft als Systemalternative*. Dabei ist die gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit auf die Abteilungen der industriellen Warenproduktion und die Abteilung sozialwirtschaftlicher Dienste verteilt und beide produzieren durcheinander und füreinander, vermittelt durch einen regulativen gesamtgesellschaftlichen Transfer. In der neuen Konfiguration ergibt sich aber nicht nur eine Verschiebung zwischen den Gewichten der Abteilungen. Es handelt sich jetzt um eine qualitativ veränderte Reproduktionsordnung, welche das Modell einer unvermittelten, direktiven Beherrschung industriewirtschaftlicher Warenproduktionen und daraus nur sekundär abgeleiteter Sozial- und Zivilisationsleistungen überschreitet:

In der neuen Konstellation tauschen sich nicht mehr *lebendige Lohnarbeit und verwertungshungriges Kapital*, letzteres personifiziert durch Kapitalwirte oder auch durch ein bürokratisches Regiment, gegeneinander aus. Das praktische Resultat letzterer Konstellation wäre ein Akkumulationsregime oder eine Kommandowirtschaft. Vielmehr besteht jetzt ein durch legitimierte wirtschaftsgesellschaftliche Organe koordinierbares Verhältnis auf Gegenseitigkeit zwischen den zwei Grundabteilungen oder *zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit*. Wenn diese in ein *paritätisch werteschaftendes* Verhältnis gesetzt sind, wird nicht die Abteilung der sozialwirtschaftlichen

¹¹⁶ MEW 42: 105

¹¹⁷ „Vermittlung muss natürlich stattfinden“ in den Verkehrsverhältnissen jeder zukünftigen Reproduktionsordnung, auch bei jener, bei der „die Gemeinschaftlichkeit als Grundlage der Produktion.. vorausgesetzt (ist)“. Vgl. MEW 42: 104

¹¹⁸ „...was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.“ Marx 1875: 19

Dienste aus einem „Mehrwert“ der Industriegewirtschaft finanziert. Vielmehr konstituieren sich dann die Werte der Warenproduktion auf der Grundlage der unverkürzten Anerkennung der gemeinwirtschaftlichen Vorleistungen der anderen Abteilung und wird umgekehrt die industriegewirtschaftliche Produktion zur Quelle der Grundausrüstung der ersteren: Die eine Abteilung oder Agentur kann die andere weder übervorteilen noch ausbeuten, wenn das paritätische Verhältnis wirklich in Kraft gesetzt ist. Mögliche *Überschüsse in der Bilanz* beider Abteilungen drücken dann letztlich nichts anderes aus als eine *gesamtgesellschaftliche Ersparnis*, die keine zwanghafte Bedingung für den Fortgang und die Erweiterung der Reproduktion mehr darstellt wie vordem der *kapitalwirtschaftliche Mehrwert*.

Der sonst aus einem nebulösen Systemkern immer neu erwachsende, vermittelt gesellschaftlicher Eigentums- und Machtverhältnisse personifizierte, in der herrschenden Wirtschaftsideologie und im Konsumfetisch angebotene Verwertungs- und Akkumulationstrieb der Kapitalwirtschaft wäre aufgehoben zugunsten einer „Ökonomie der Zeit“. Dies auch im Sinne einer durch das ökonomische Kalkül zugelassenen gesamtgesellschaftlichen *Grundorientierung auf Ersparnis von Arbeitszeit*, die wiederum individuell in die Gewinnung von „disposable time“ umgesetzt werden kann.¹¹⁹ So oder so bildet jedenfalls die Brechung des mit dem alten Kalkülzwang verbündeten Verwertungsinteresses die Voraussetzung für eine gesellschaftlich kontrollierbare und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise konkreter Gesellschaften und würde auch entsprechende Konsequenzen für die Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen:

An die Stelle des über alle sozial-ökologischen Schranken des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens hinausdrängenden Verwertungsregimes könnte sowohl einzel- wie gesamtwirtschaftlich eine rationelle Wirtschaftlichkeitsrechnung der Sparsamkeit, eine Orientierung auf eine Konsolidierung der gesellschaftlichen Reproduktion statt auf Akkumulation und Expansion treten. Dabei existierten weiterhin ökonomischen Gestaltbildungen, die bekannt erscheinen. Aber deren Charakter wäre durch den politisch-ökonomisch anderen Gesamtrahmen entscheidend verändert, indem darin ein neues Kalkül zur impliziten Voraussetzung ökonomischen Handelns geworden ist.

Lohn drückte jetzt die Berechtigung auf einen Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds aus. Die Konkurrenz wäre ein Wettstreit um bes-

¹¹⁹ MEW 42: 603 f.

sere Lösungen und um mögliche Prämien aus einem gesamtgesellschaftlichen Fonds. Der Markt wäre tatsächlich auch ein Ort der Entscheidung über ökonomisches Gelingen oder Misslingen und keine Szene für exaltierten Produktivismus und Konsumismus oder Katastrophen verschiedenster Größenordnung. Ein betrieblich erzielter rechnerischer Mehrwert drückte einen Anteil an volkswirtschaftlicher Ersparnisleistung aus und keinen aus- und abgepressten Verwertungsüberschuss. Was ist aber mit der gesellschaftlichen und politischen Dimension einer derart veränderten politischen Ökonomik?

Wirtschaftsplanung und radikaldemokratische Verfassung

Die jeweils zugrunde liegende Reproduktionsordnung ist entscheidend für die ökonomisch-politische Gesamtgestaltung einer Gesellschaft. Sowohl Dieterich als auch Cockshott und Cottrell sehen eine „radikaldemokratische Verfassung“ als „beste politische Ergänzung zu einer sozialistischen Wirtschaftsplanung“¹²⁰ an. Im Gegenzug gegen den Typus der bürgerlichen Demokratie, auch über herkömmliche Vorstellungen von einer Wirtschaftsdemokratie¹²¹ hinaus, wird für eine *partizipative Demokratie* mit starken plebiszitären Elementen plädiert. Also weder ein „sentimentales“ Rätekonzept noch ein „demokratischer Zentralismus“.¹²²

Cockshott und Cottrell führen die Gedanken zu einer Delegation und Kontrolle der Macht durch das Volk differenziert aus: Es sollte eine Vielzahl von *Ausschüssen, Räten, Komitees*, ein *System demokratischer Kontrolle aller öffentlichen Gremien* oder *Organe der öffentlichen Autorität* geben. Aber im Zentrum steht der Gedanke der wirtschaftlichen Demokratie: „Wirtschaftliche Demokratie erfordert, dass die Mehrheit der Staatsbürger eine reale Einflussnahme auf die volkswirtschaftlichen Parameter nehmen kann, die ihre Lebensqualität entscheidend beeinflussen.“ Dazu werden unter anderem Steuer- und Investitionsquoten, Infrastrukturfragen, auch internationale Verträge, Vereinbarungen innerhalb der Europäischen Union und mit den global agierenden Organisationen gezählt.

Als Beispiel für die notwendigen plebiszitären Verfahren dient der Staatshaushalt: „Die Prozedur ist relativ einfach. Die verschiedenen Haushaltsinitiativen werden einige Monate lang in ihren wesentlichen Komponenten über öffentliche und private Medien (Fernsehen, Radio, usw.) debat-

¹²⁰ Cockshott / Cottrell 2006: 215

¹²¹ Siehe Vilmar 2006, auch Krätke 2003

¹²² Cockshott / Cottrell 2006: 219, 224

tiert und dann in einem elektronischen Plebiszit entschieden.“¹²³ Auch bei Cockshott und Cottrell soll der Souverän unter anderem „auf direkte Weise“ durch „elektronische Abstimmungen“ über bestimmte Belange entscheiden.¹²⁴

Natürlich können durch direkte Volksabstimmungen nur grundlegende Fragen entschieden werden. Der laufende Vollzug und die Planmäßigkeit der wirtschaftlichen Gesamttätigkeit erfordert zugleich eine zentrale Instanz: „Die Planungsbehörde ist die institutionelle Verkörperung des gemeinsamen Besitzes der Produktionsbedingungen“ und auf dieser Basis gesellschaftlichen Eigentums sind ökonomische Aktivitäten „Projekte“, die auf Grundlage der im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtplanung zuerkannten Budgets wirtschaften. So gibt es also weder herkömmliche Staatsbetriebe noch relativ selbständig operierende Genossenschaften¹²⁵. Das Produktionsgeschehen wird nicht mehr durch Märkte vermittelt, da die Budget- und Produktionsplanung für die Konvergenz von Angebot und Nachfrage sorgt.

Der Grundbegriff der „partizipativen Demokratie“¹²⁶ deutet ohne Zweifel in eine positive Entwicklungsrichtung, auch wenn die Charakterisierung als „kybernetische Kompetenz“ des „sozialen Systems“ und „funktional überlegene Systemeigenschaft“¹²⁷ zum Verständnis wenig beiträgt. Die Grundorientierung wird meines Erachtens auch nicht durch die hier mit hereingetragenen illusionären Vorstellungen bezüglich elektronischer Plebiszite über Staatshaushalte oder auch durch den hinterrücks wieder eingeschleppten Zentralismus einer obersten Planungsbehörde entkräftet.

Aber *partizipative Demokratie* wird hier ganz betont plebiszitär oder radikal basisdemokratisch verstanden und auf *bestehende* Partizipationsformen wird praktisch kein Bezug genommen. Entwicklungsfähige Ansätze demokratischer Einflussnahme, Selbstorganisation, Kooperativität und Kontrolle existieren beispielsweise im Stadtquartier und auf kommunaler Ebene, im Arbeits- und Organisationszusammenhang gesellschaftlich relevanter Körperschaften und Institutionen. Warum wird das basisdemokratische Konzept gegen den Gedanken *repräsentativer Organisationsformen* und implizit

¹²³ Dieterich 2006: 156, 157

¹²⁴ Cockshott / Cottrell 2006: 226

¹²⁵ Cockshott / Cottrell 2006: 247

¹²⁶ Dieterich 2006: 103, 129

¹²⁷ Dieterich 2006: 128, 131. Es wird gar „Das Messen des Grades an oder der Größen von Demokratie“ anvisiert.

zugleich gegen die Vorstellung eines *multipolaren Praxisprozesses* derart in Stellung gebracht?

Auch Luciano Canfora geißelt die oligarchische Herrschaft in demokratischer Maske und die Aushöhlung solcher Demokratie durch die „weitestgehende Verbreitung einer allgemeinen Kultur des Reichtums bzw. seiner Anbetung mit Hilfe eines alles durchdringenden medialen Systems“. Das ist durchaus im Sinne der Parlamentarismus- und Medienkritik im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Aber Canfora kommt zu einem anderen, denkwürdigen Schluss. „Tatsache ist: Weil die ‚Demokratie‘ eben keine Regierungsform, kein *Verfassungstyp* ist, kann sie in den unterschiedlichsten politisch-konstitutionellen *Formen* herrschen, teilweise herrschen, gar nicht herrschen oder sich wieder zur Geltung bringen“.¹²⁸ In diesem Sinne möchte ich Konstitutionsfragen einer *demokratisch-politischen* Ökonomie noch einmal anders beleuchten.

Sozialwirtschaft und der Logos der Praxis

Die Konstitution der vorgeschlagenen *sozialistischen Ökonomie* ist bestimmt durch basisdemokratische Interventionen in wirtschaftlichen Fragen, die permanente Aktualisierung eines äquivalenzökonomisch gerechneten Gesamtplanwerks unter Kontrolle einer Zentralbehörde und einen Planvollzug durch budgetiertes Wirtschaften. Die praxistheoretische Sichtweise legt auch hier eine ganz andere Betrachtungsweise nahe. Diese knüpft an eine andere, sozialwirtschaftliche Konfiguration des Reproduktionsgeschehens an und beinhaltet ein anderes Verständnis für die Rolle der ökonomischen Akteure und des Orientierungswissens im Vollzug der gesellschaftlichen Praxis:

Eine bisher akzeptierte und wohl auch praktisch tragfähige Vorstellung besagt, dass die operativen Grundeinheiten einer zukünftigen Produktionsweise genossenschaftlich verfasste, jedenfalls gemeinnützig wirtschaftende Betriebsgemeinschaften sind.¹²⁹ Im Hinblick auf die ausdifferenzierte Organisation der modernen Gesellschaft sind den Betriebseinheiten auf unterer gesellschaftlicher Ebene demokratisch konstituierte und haushalt-

¹²⁸ Vgl. Canfora 2006: 312, 318, 355 ff.

¹²⁹ Marx sah in der Entstehung von „Produktivgenossenschaften“ einen Ansatz zur Entwicklung der eigentlich angestrebten „genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft“. Vgl. MEW 19: 19, 27. Oder es soll „die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln“. MEW 17: 343

führende Kommunen an die Seite zu stellen. In diesem Sinne sah Marx in der Pariser Kommune eine „ausdehnungsfähige politische Form“¹³⁰, auf die aufbauend eine nationale Gesamtorganisation entstehen könnte. Auch die Finanzierung von „allgemeinen Bedingungen der Produktion“ aus Steuern und durch den Staat, über das Haushaltswesen, hatte Marx bereits einmal ansatzweise in den Blick genommen.¹³¹ So könnte man sich eine sozialstaatlich verfasste, durch partizipative, subsidiäre und auch repräsentative Strukturen gekennzeichnete gesellschaftliche Assoziation denken, deren Reproduktionsordnung vor allem durch genossenschaftlich und körper-schaftlich organisierte, gemeinnützig wirtschaftende Betriebe und Organisationen und eine sozialräumliche Gliederung in kommunalistische Basis-einheiten geprägt ist.

Kann aber in dieser Praxisfiguration ein gesamtgesellschaftlich erarbeitetes, als Totalität ständig neu zu rekonstruierendes Rechen- und Planwerk das entscheidende gesellschaftliche Medium der Orientierung darstellen und soll eine oberste Planbehörde dessen Verwalter sein? Oder *verschwindet* gesellschaftliche Wirklichkeit hier in zentral verwalteten Superrechnern und unüberschaubaren Informationsflüssen? Führt die Notwendigkeit einer permanenten *kybernetischen* Rückkopplung zwischen unzähligen Eingaben und einem ständig erneuerten Gesamtergebnis tendenziell zu einem informatorisch-kommunikativen Overkill, ähnlich jenem Pfeifton der akustischen Rückkopplung, welcher jede Verständigung letztlich unmöglich macht? Es spricht einiges dafür, dass die computersozialistische Idee ein später Nachhall vormaliger Computereuphorie und eine ausufernde informationstechnologische Utopie ist.

Das Assoziationskonzept verlangt demgegenüber eine Entfaltung der Logizität der Praxis: Individuen und operative Einheiten spannen ihre Praxisperspektive *totalisierend* aus, reflektieren die der Anderen mit und umgekehrt. Die Teilnehmer kommunizieren in diesem Prozesszusammenhang und können sich in ihrem schließlich konzipierten *Antworthandeln* auf je bestimmte Praxisvollzüge einlassen. Dieser widersprüchlich forttreibende Prozess wird auf dem Boden einer weder gesellschaftlich begriffenen noch kontrollierbaren Verwertungsökonomie und in der alten Konkurrenzgesellschaft mit ihren Machtverhältnissen, wird in einer ideologiegetränkten Wissensgesellschaft völlig andere Charaktere aufweisen als im Zusammenhang einer gesellschaftlichen Assoziation, deren ökonomischer Prozess transpa-

¹³⁰ Vgl. MEW 19: 19 und MEW 17: 339 f., 342

¹³¹ Vgl. MEW 42: 434-440

rent gemacht werden kann, die sich wirkliches und verfügbares Wissen erarbeitet und nicht nur mit einem mehr oder weniger *bornierten Bewusstsein*, sondern mit einem höheren Grad *gesellschaftlicher Bewusstheit* agiert. Hier kann und muss dann die moderne Informations- und Kommunikationstechnik eine neue Rolle spielen, die sich in transzendierenden Momenten heute schon ankündigt.¹³²

In dem skizzierten Zusammenhang könnten gesellschaftliche Individuen, kollektive Akteure und institutionelle Organe ihre Praxis wissentlich und verantwortlich organisieren und kommunizieren. Er wäre gekennzeichnet durch eine Aufhebung privatkapitalistischer Informationsbarrieren und die Wiederaneignung gesellschaftlichen Wissens. In Diskursen und Foren, in neuen Formbildungen von Öffentlichkeit würde gesellschaftliche Praxis nicht nur kommentiert, sondern totalisierend reflektiert und mitkonstituiert. Möglich wäre eine transparente, allseitige, öffentlich zugängliche Perspektivplanung aller Ressorts und eine gesellschaftlich integrierte Wirtschafts- und Haushaltsbuchführung, umfassende Wirtschaftsinformation und Sozialinformatik, ständig aktuell gehaltene Statistik, Gesamt- und Vorausrechnung, welche die pseudokonkreten Begriffe der modernen Wirtschaftswissenschaft¹³³, die Ideologie der kapitalwirtschaftlichen Praxis und überhaupt die schwarzen Löcher und Geheimkabinette des heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeitswissens hinter sich lässt.¹³⁴ Wenn zugleich eine im ökonomischen Kalkül wurzelnde neue Rationalität des wirtschaftlichen Handelns zur Geltung kommt und den Akteuren keine eigensinnigen, kontraproduktiven und asozialen Vollzugsregeln mehr aufherrscht, wird diese Praxis auch nicht durchkreuzt durch jene scheinbar unkontrollierbare Selbstläufigkeit der Dinge, die dem Begriff der *entfremdeten Gesellschaft* zugrunde liegt.

Die Skizze sollte deutlich machen, dass die mit einer *direkten Demokratie* verfolgten Ziele aufgrund noch so *radikaler Abstimmungsregeln* nicht garantiert und vermittels einer *sozialinformativischen Hyperorganisation* vermutlich nicht erreicht werden können. Eine höhere Form praktischer, organischer Demokratie setzt vielmehr allgemein voraus, dass das wirtschaftliche Leben

¹³² Siehe dazu den Beitrag von Wolf Göhring im vorliegenden Sammelband.

¹³³ Zur Marxschen Reproduktionstheorie und Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beispielsweise Eva Müller 2005.

¹³⁴ Siehe Weber 2006. Der Artikel verweist, auch durch weiterführende Literaturhinweise, auf das Themenfeld Wirtschaftswissen, -expertise, -politik und Wirtschaftssystem.

nicht mehr von einem Verwertungskalkül bestimmt wird und erfordert sodann vielseitige assoziative Organisationsformen, eine neue Qualität der Sozial- und Wirtschaftsinformatik und noch viel weiter gehende Veränderungen des Logos der Praxis: Sie verlangt höhere Formen der Bildung, des Wissens, der Mündigkeit, der Kommunikation und gesellschaftlichen Bewusstheit. Sie erfordert das Hervortreten emanzipierter gesellschaftlicher Individuen und verlangt zugleich nach einer Veränderung des gesamt-kulturellen Milieus. Alles dies muss sich die Gesellschaft aber immer wieder neu erarbeiten und herausbilden, und sie könnte es in dem Maße besser, in dem solches Schaffen *in der sozialwirtschaftlichen Form freigesetzt* wird.

Gesellschaftliche Synthesis und globale Ordnung

„Gesellschaft“ ist einer der am häufigsten gebrauchten und dabei umso weniger bedachten Grundbegriffe der politischen Philosophie. Auch dieser muss *praktisch-konkret* und *politisch-ökonomisch* gedacht werden¹³⁵: Nach wie vor bildet die jeweilige historische Reproduktionsweise mitsamt ihren institutionellen Organbildungen und der mitgegebenen klassenmäßigen Formierung das Kerngeschehen eines gesellschaftlichen, gesamt-kulturellen Lebenszusammenhangs. Im Hinblick auf die wechselseitige *Totalisierung* beziehungsweise *Inklusion* der gesellschaftlichen Praxen, die auf der „Wechselseitigkeit ihrer Perspektiven“ beruht¹³⁶, bietet sich das Bild eines aus unzähligen Lebensäußerungen erwachsenden, lebendig widersprüchlichen Geschehens, einer *Synthesis gesellschaftlicher Praxis*. Nun wird die *national* begrenzte Territorialität, kulturelle Prägung und rechtlich-staatliche Verfasstheit dieses Lebens in neuerer Zeit zunehmend überspielt und ausgehebelt durch die kapitalwirtschaftliche Ökonomik: Die Prozessform der Verwertungsökonomie wird an sich durch keine menschlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Maßverhältnisse gebändigt.

Muss entsprechend den tendenziell entgrenzenden Organisations- und Prozessformen der Kapitalwirtschaft auch die dagegen ins Feld geführte

¹³⁵ „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen.“ Vgl. MEW 3: 27 u.a.

¹³⁶ Vgl. Sartre 1967: 72 f., 75. Sartre spricht von der „Wechselseitigkeit“ der Perspektiven, der wechselseitigen „Totalisierung“ der Praxen und entdeckt in diesem dialektisch struktiven Zusammenhang auch den Ort, an dem der individuelle Mensch „sich in Freiheit auf eine Zukunft hin“ entwirft. Seine „Theorie der gesellschaftlichen Praxis“ stellt sich so zugleich als Synthese von „Marxismus und Existenzialismus“ dar. Siehe auch den Beitrag von Arno Münster im vorliegenden Sammelband.

historische Alternative von vornherein einen globalgesellschaftlichen Charakter aufweisen? Die These von der „Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande“ drückt in bestimmter Hinsicht den gleichen Gedanken aus. Dem entsprechend argumentiert Arno Peters, auf den sich Heinz Dieterich maßgeblich bezieht: „Die ganze, seit 5.000 Jahren die Wirtschaft der Welt prägende Epoche der Nationalökonomie neigt sich ihrem Ende zu... Wir treten in eine neue Epoche der Wirtschaftsgeschichte ein, die Epoche der Global-Ökonomie...“. Oder es „werden die Staatsbürger der Weltgesellschaft die Fesseln der Kapitalverwertungslogik sprengen und sich ihre geraubte Zukunft zurücknehmen.“¹³⁷ Die Idee der Äquivalenzökonomie legt in der Tat den Gedanken einer vollständigen Integration von der lokalen Ebene über die staatliche hinweg bis globalen Ebene nahe. Der ganze Ansatz mündet, konsequent weiter gedacht, in die Idee einer zukünftigen Weltstaatlichkeit oder einer notwendigen Ordnung der Dinge durch eine Weltregierung. Solche Gedankengänge haben allerdings keine Bodenhaftung im realen, extrem widersprüchlichen Szenario eines Weltinnenraums, in dem über 190 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen agieren, die ein enormes Zivilisationsgefälle und verschiedenste Problemsituationen aufweisen und einen jeweiligen Entwicklungs- oder auch Emanzipationsweg suchen.

Mit Blick darauf sollte auch ein Anti-Nationalismus, der zunächst geschichtskonkret begründet und gerechtfertigt ist, nicht auf eine abgehobene Abstraktionsebene transponiert und so gegen ein Weltgefüge ins Feld geführt werden, das trotz allem noch maßgeblich auf faktischen und juristischen Geltungsansprüchen nationaler Volks- und Staatssouveränität beruht: Auf der Suche nach einem konkreten Konzept zukünftiger Gesellschaftlichkeit und nach alternativen globalen Ordnungsstrukturen muss vielmehr politisch-ökonomisch argumentiert werden. In dieser Beziehung sind die kosmopolitischen Ideen von Peters und Dieterich konsequent¹³⁸, beinhalten aber gerade deswegen kein realisierbares und nicht einmal ein wünschenswertes Zukunftsversprechen:

Allen abstraktifizierenden oder maßlosen Prozessformen der ökonomischen Praxis kann eine Reproduktionsordnung entgegengesetzt werden, bei der sich das Gewicht der Arbeitstätigkeit zunehmend vom industriewirt-

¹³⁷ Dieterich 2006: 39, 62

¹³⁸ Der Systemtheoretiker lässt die „philosophische Spekulation“ hinter sich und ist sich einer „zentralen Evolutionslinie“ gewiss, die „von lokaler Autorität zum Nationalstaat, zum Regionalstaat und zum Weltstaat“ führt. Dieterich 2006: 74

schaftlichen zum sozialwirtschaftlichen Bereich beziehungsweise zur Tätigkeit in gemeinwirtschaftlichen, gemeinnützigen Formen und an sozialzivilisatorischen Inhalten verlagert und sich die entsprechenden ökonomischen Formbildungen letztlich auch im warenproduzierenden Bereich durchsetzen. Dieses reproduktive Arrangement stellt nicht mehr eine durch das Verwertungskalkül programmierte Produktion von *industriell beliebig vermehrbaren Waren* für einen entfesselten Markt und Weltmarkt dar, sondern eine gesellschaftlich kontrollierte Produktion von ebenso wohl subjektbezogenen wie materiellen *Gestaltelementen einer bestimmten Sozialität*. Das bedeutet aber die Verabschiedung von der Wachstums- und Exportorientierung und dem Expansionstrieb des alten Systems mitsamt der entsprechenden bornierten Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Stattdessen greift dann eine Theorie und eine Politik der *reproduktiven Konsolidierung von konkreten Wirtschaftsgesellschaften*.

Im Zusammenhang einer solchen *territorial und sozial-ökonomisch bestimmten* Gesellschaftlichkeit könnte endlich auch der realen Basiseinheit des gesellschaftlichen Lebensvollzugs eine angemessene Geltung verschafft werden: Der *urbanen, kommunal verfassten Praxis*. Deren gegenwärtig noch ökonomisch subordinierte, politisch unemanzipierte Gestalt ist weit entfernt von dem, was sozialwirtschaftlich möglich und sinnvoll wäre. Diese basale Praxis müsste beispielsweise von vornherein in die Reihe grundlegender Institutionen aufgenommen werden, die im Entwurf des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ systematisch behandelt werden. In der Perspektive einer Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste wird die Reproduktion der städtischen Lebenswirklichkeit, die *Zukunft der Stadt* und des *kommunistischen Lebens* zu einem erstrangigen Thema.¹³⁹

Auch im Außenverhältnis stellen sich dann die Dinge in einem anderen Licht dar: Das kapitalwirtschaftliche Grundrezept, dass vom Boden einer bestimmten Gesellschaft, oder besser noch diese unter den Füßen, der Weltmarkt beschickt oder erobert werden müsste, ist keine dauerhaftes Erfolgsrezept. Diese Orientierung bestätigt sich zwar *kapitalwirtschaftlich* in der Realisierung besonderer Verwertungschancen, welche sich auf dem globalen Terrain anscheinend noch einmal eröffnet haben. Sie erweist sich jedoch im historischen Stadium eines autoinformationellen Produktivismus

¹³⁹ Zum theoretischen Reservoir gehören vor allem Manuel Castells 1977 sowie die stadt- und alltagstheoretischen Arbeiten von Henri Lefebvre. Einen Zugang bietet Keim 1989. Siehe auch das Leitbild „Zukunft der Stadt“, in Deutscher Städtetag 2004.

und angesichts des zu erwartenden Aufeinanderprallens von Überproduktionen auf dem Weltmarkt, im Stadium einer globalen Erschöpfung von Ressourcen, immer mehr als ein *risikobeladener, ökologisch destruktiver kapitalwirtschaftlicher Anachronismus*.

Im Zuge der Arrondierung einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsbasis und Festigung organischer Demokratieformen könnte der aggressive Internationalismus und das destruktive Weltentwicklungskonzept der Kapitalwirtschaft überwunden werden: Die neue Assoziation ist per se Basis eines zwangsfreien wechselseitigen Wirtschafts- und Gesellschaftsverkehrs. Ebenso könnte sich der Charakter übernationaler Kooperationen und internationaler Organisationen in dem Maße verändern, in dem dabei Kräfte mitwirken, die sich einmal für den Erfolg versprechenden Ausweg aus der Globalisierungsfalle entschieden haben.

Rückblick auf die Sowjetunion und die planwirtschaftliche Ökonomie

Keine Sozialismusdiskussion kann die Auseinandersetzung mit der Oktoberrevolution, der Geschichte der Sowjetunion und den Erfahrungen mit dem entsprechenden historischen Typus der Planwirtschaft und Gesellschaftsorganisation umgehen.¹⁴⁰ Die ehemalige DDR bildete dabei ein herausgehobenes Experimentierfeld. Gegenüber diesen historischen Versuchsgestalten oder Gegenentwürfen hat sich das kapitalistische Weltssystem als übermächtig erwiesen.

Dieterich und Cockshott-Cottrell zufolge fehlten der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten im Wesentlichen nur eine wahrhaft demokratische Verfasstheit und die computertechnischen Mittel für eine informatisierte Planwirtschaft, wohl auch die entsprechende Theorie einer arbeitswertbasierten Äquivalenzökonomie. In der damaligen historischen Konstellation sei ein entwickelter Sozialismus eine „historische Unmöglichkeit“ gewesen.¹⁴¹ Aber aufgrund der planwirtschaftlichen Ökonomik und der staatlichen Aneignung des Mehrprodukts habe es sich um einen sozialistischen Typ gehandelt: „Wir erkennen an, dass die Sowjetunion in einem signifikanten Sinne sozialistisch war. Andere Formen des Sozialismus sind möglich“. Es habe sich um eine „nichtkapitalistische Methode zur Aneignung des Mehrprodukts, durch politische Entscheidungen“ gehandelt. Es

¹⁴⁰ Vgl. Wallerstein 1990

¹⁴¹ Dieterich 2006: 90 ff.

bedürfte eigentlich nur „substanzieller Reformen des Planungsmechanismus“, was eine effektive kybernetische Regulierung meint, in einer Verbindung mit der Instituierung direkter oder radikaler Demokratie¹⁴².

Dagegen kann eingewandt werden: Weder waren die kapitalistisch entwickelten Gesellschaften im Westen noch die industriewirtschaftlich nachziehenden osteuropäischen Staaten im fortgehenden 20. Jahrhundert schon reif für den historischen Quantensprung zu einer neuen Reproduktionsordnung. Denn zwar hatten sich, mit zunehmendem Produktivitätsvorsprung des Westens, bereits die Wirtschaftsabteilung der sozialwirtschaftlichen Dienste extrahiert und die sozial-ökonomischen Funktionen des Staates in beiden Lagern entsprechend entfaltet.¹⁴³ Aber eine systemische Neuordnung steht erst dann an, wenn selbst bei weiterem industriellen Wachstum keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr benötigt werden und stattdessen eine überschüssige Bevölkerung anwächst, also erst im historischen Stadium einer relativen Überakkumulation, Überproduktion und damit gekoppelter Überkonsumtion. Erst an dieser Schwelle erscheint eine *Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste* als funktioneller und stabilisierender Ausweg möglich und kommen dem zugleich wachsende zivilisatorische, auch ökologische Bedürfnisse und Notwendigkeiten entgegen. Demnach kann der vormalige Entwicklungsstand der Informations- und Kommunikationstechnik kaum als entscheidender Blockadefaktor gegen einen Sozialismus angesehen werden. Aber ganz abgesehen davon, wie weit sich insbesondere die Wirtschaft der DDR schon einer möglichen Transformation angenähert hatte: Die geschichts-experimentellen „realsozialistischen“ Übergangsgesellschaften zerbrachen im Vorfeld aus einer ganzen Reihe innerer und äußerer Gründe und Bedrängnisse.

Aus alldem ergibt sich, dass der Begriff „Realsozialismus“ ein eingebürgerter Verlegenheitsbegriff für den 1989 zerbrochenen Typus ist: Auch der Verweis auf das Merkmal einer *Appropriation von Mehrarbeit* durch den Staat, die dann *nach Plan verteilt* oder einer *Verwendung für die Gesamtheit der Bürger* zugeführt wird, ist als Beleg für einen *Sozialismus* nicht stichhaltig: Das könnte in der Tat ein präsozialistisches Charaktermerkmal sein, aber formal gesehen auch einen Staatskapitalismus kennzeichnen. Im Ringen um eine angemessene Bestimmung des Formationscharakters hat Rudolf Bahro ehemals den Begriff „Protosozialismus“ eingesetzt, während am anderen

¹⁴² Cockshott / Cottrell 2006: 15, 18, 22

¹⁴³ Zu Fragen einer planmäßigen Entwicklung der kulturell-sozialen Bereiche der Volkswirtschaft der DDR siehe Hahn 1984.

Ende des Meinungsspektrums heute auch vorgetragen wird, „der Osten“ sei mitnichten *sozialistisch* gewesen und der entsprechende ideologische Komplex hindere geradezu den Fortschritt.¹⁴⁴

Die Einschätzung zu dem auf merkwürdige Art geräumten historischen Experimentierfeld, dessen neu formierte Gesellschaftsverbände wieder in den Sog des kapitalwirtschaftlichen Weltsystems gerieten, sollte jedenfalls nicht als Bekenntnisfrage behandelt werden: Der Entwurf für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vermittelt allerdings diesen Eindruck. Was bleibt, ist die Aufgabe einer weitergehenden Auseinandersetzung mit den positiven und negativen Erfahrungen dieser ungeheuren geschichtlichen Hoffnungs- und Verzweiflungswirklichkeit, insbesondere mit dem theoretisch-praktischen Niederschlag auf dem Gebiet der politischen Ökonomie.¹⁴⁵

Als weitere Schlussfolgerung drängt sich auf: Die unaufgearbeiteten Probleme und unausrottbaren Missverständnisse, die sich an die Begriffsschöpfung und Geschichtswirklichkeit eines „Realsozialismus“ knüpfen, legen nahe, „Sozialismus“ vor allem als einen Horizontbegriff gesellschaftlich-geschichtlicher Entwicklungen zu verstehen. Wenn dann in der Pragmatik des politischen Lebens ein „demokratischer Sozialismus“ annonciert wird, hängt alles davon ab, wie das Projekt konkret bestimmt wird. Ich habe dazu beispielsweise vorgeschlagen, eine in greifbare Nähe rückende Transformationsperspektive als „demokratische Wirtschaftsgesellschaft auf sozialwirtschaftlicher Grundlage“¹⁴⁶ anzusprechen.

Entwicklungen in Venezuela und Lateinamerika

Wie stellen sich die neuen Entwicklungen in Lateinamerika als *aktuelle* historische Versuchsanordnungen dar? Heinz Dieterich spricht von einem „regionalen Übergangprojekt zum Sozialismus“, „wie die bolivarianische Integration Lateinamerikas, die Venezuelas Staatspräsident Hugo Chavez

¹⁴⁴ „Der Glaube, der Osten sei sozialistisch gewesen, liegt weiter wie ein Alp auf den Hirnen vieler Menschen, die nach Auswegen aus der kapitalistischen Ordnung suchen.“ Weiß 2000: 966; Bahro 1977. Ein entsprechendes Dilemma besteht heute hinsichtlich der Erklärung des „chinesischen Sozialismus“. Vgl. Peters 2005 und Le Monde diplomatique 2007.

¹⁴⁵ Siehe dazu den Beitrag von Klaus Steinitz in diesem Sammelband

¹⁴⁶ Müller 2005b: 271 ff.

vorantreibt“.¹⁴⁷ Die berechnete Frage, die der sehr jungen Entwicklung weniger vorausseilt, lautet, ob in diesem Ereigniszusammenhang eine kaum gewisse, aber reelle Transformationsperspektive enthalten sein könnte.

Von einigen Kommentatoren wurde gemutmaßt, dass hier lediglich das sowjetstaatliche Modell nachgeahmt wird und dem Experiment ein ähnliches Schicksal wie diesem droht. Aber erstens handelte es sich um keine putschartige Machtübernahme, sondern um einen von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißenen, deren Lebensinteressen offenkundig entsprechenden und weiterhin verfassungsmäßigen Regierungs- und Machtwechsel. Ein solcher volksdemokratischer Prozess ist aufgrund der leidvollen Erfahrungen mit imperialistischer Politik und insbesondere den katastrophalen Auswirkungen neoliberaler Entwicklungsstrategien eine nahe liegende Option, auch für andere Länder. Die Wiederaneignung der nationalen Ressourcen und der Versuch, einen andersartigen ökonomischen und sozialkulturellen Entwicklungspfad einzuschlagen, die praktische Solidarität mit Nachbarn und anderen Betroffenen auf diesem Weg ist insofern kein Ausnahmefall. Sie markiert eine historische Tendenz des 21. Jahrhunderts.

Zweitens ist die historische Situation eine ganz andere als zur Zeit der Sozialismusexperimente des 20. Jahrhunderts. Die neoliberale Globalisierung an der Wende zum 21. Jahrhundert markiert die letztendliche Herstellung des Weltmarkts im Sinne der Marxschen Prognose¹⁴⁸ und damit zugleich, wesentlich aufgrund des neuen Aggregatzustandes der höher entwickelten Ökonomien, den wirklichen Eintritt in eine Übergangsepoche. Die in Venezuela mit popularem und wirtschaftlichem Rückhalt versuchte politisch-ökonomische Wende ist daher nicht einfach peripher, sondern ein Ereignis mitten im simultanen, globalen Netzwerk der Kapitalwirtschaft. Dieses droht, infolge eines in vielerlei Hinsicht problematischen Aggregatzustandes der Weltökonomie und zeitgleich mit desaströsen Rückschlägen für den bisherigen Welthegeemon, exakt an diesem Knotenpunkt wie auch an anderen Stellen Risse zu bekommen.

¹⁴⁷ „Die vermittelnde erste Stufe der Transition zum Sozialismus liegt in der Kreation eines Regionalen Lateinamerikanischen Machtblocks wie der venezolanische Präsident Hugo Chavez ihn anstrebt, mit dem neuen Sozialismus als strategischem Horizont des Transformationsprogramms.“ Dieterich 2006: 158

¹⁴⁸ „Im Weltmarkt hat sich der *Zusammenhang des einzelnen* mit allen, aber auch zugleich die *Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den einzelnen* selbst zu einer solchen Höhe entwickelt, daß seine Bildung zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält.“ Marx MEW 42: 95, 139

Wenn nicht innere oder äußere Gegenfinalitäten obsiegen, könnte tatsächlich etwas Alternatives auf einen Weg gebracht werden, der eben noch nicht ausdefiniert ist¹⁴⁹: Das Modell einer staatlich koordinierten wirtschaftsgesellschaftlichen Reorganisation könnte als Orientierungsmuster für die Entwicklung aus neokolonialer Unterentwicklung heraus - oder überhaupt im Ausgang von einem viel niedrigeren Entwicklungsniveau - dienen. Es ginge um einen in erster Linie gesellschaftlich selbstbestimmten, konsolidierenden, sozial-ökonomisch und industriewirtschaftlich ausgewogenen Entwicklungspfad ohne die sonst üblichen neoliberalen Grausamkeiten, Spaltungen, Deformationen und letztendlich realen Verluste.

In Venezuela deuten gegenwärtig, noch im Rahmen eines protektionistischen Staatskapitalismus, eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten auf ein solches Profil der sozial-ökonomischen Entwicklung hin. Diese wird von einer aktivierten breiten gesellschaftlichen Basis mitgetragen. *Kommunale Räte und Projekte* sowie *Kooperativen jeder Art* werden gefördert. Eine Kennerin der Entwicklung beobachtete den zweifellos komplexen Prozess: Es „werden die Veränderungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems Venezuelas weiter vertieft werden. Bisher sieht es nicht danach aus, dass das alles finanzierende Ölgeld nicht weiter fließen werde. Ob damit basisdemokratisch-sozialistische Veränderungen befördert werden oder ob es erneut zur Aneignung der Öllrente durch die neue politische Elite kommt oder ob die Regierung aus Mangel an Basis sich in eine diktatorische Richtung bewegen wird, lässt sich noch nicht abschätzen“.¹⁵⁰

Inzwischen gibt es auch Anzeichen, dass das weitergehende „große geopolitische Ziel“ einer „lateinamerikanischen Emanzipation und Einigung“ Fortschritte macht.¹⁵¹ Darauf deuten markante Linksverschiebungen im politischen Spektrum und eine Reihe von Handelsverträgen und Kooperationsvereinbarungen hin, darunter die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) als Gegenprojekt zur Gesamtamerikanischen Freihandels-

¹⁴⁹ Melcher 2005: „Arbeitswerttheorien haben in venezolanischen Köpfen kaum eine Chance. Der Staat, die Zentralregierung und die regionale Verteilung der Staatseinnahmen bilden für sie die wesentliche Quelle des Reichtums“.

¹⁵⁰ Melcher 2005: S. 520, ferner S. 511 zur Frage, ob die bolivarianische Revolution sozialistisch ist: „Für die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsziele scheint der ungarisch-englische Marxist Istvan Meszaros wichtig zu sein, dessen Buch *Beyond Capital* von der venezolanischen Regierung 2001 übersetzt und herausgegeben wurde... Als einzige gangbare Alternative ... fordert er einen Sozialismus .. der sich auf Basisbewegungen und Produktionsgemeinschaften gründen soll“.

¹⁵¹ Fürntratt-Kloep 2006: 194

zone (ALCA) der USA und nicht zuletzt der 2007 gegründete kontinentale Gasverbund Oppegasur: Der Bau der geplanten gigantischen Gaspipeline kann zum sinnfälligen Ausdruck einer erstarkenden politisch-ökonomischen Tendenz in Lateinamerika werden.

Internationale Beziehungen und Globalisierung

Die Verwirklichung einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung bedeutet nichts anderes als die Instituierung einer dem Produktivkraftniveau entsprechenden, effektiven und maßhaltigen Gestalt ökonomisch-gesellschaftlicher Selbstorganisation oder Praxis-Synthesis. Begriffe wie Gesellschaft, Staat oder Nation bekommen durch den Bezug auf das Konzept einer sozialwirtschaftlich fundierten, demokratischen Wirtschaftsgesellschaft konkreten Sinn. Staatliche Verfasstheit in diesem Sinne stellt aber nicht nur eine mittlere Zwischenebene im „Schachtelsystem“¹⁵² einer zukünftigen Matroschka-Weltgesellschaft dar, sondern ist und bleibt praktisch konstitutiv für das je *konkrete gesellschaftliche Selbstsein*. Eine solche, oder wenn begründbar, dann andere, aber jedenfalls politisch-ökonomisch fundierte Konzeption bezüglich der konkreten Formbildung zukünftiger Gesellschaftlichkeit ist unumgänglich, wenn in übergreifenden Gegenwartsfragen ein Standpunkt bezogen werden soll.

Eine solche Frage stellt sich durch die Entwicklung erweiterter, integrierter Wirtschaftsräume und staatlicher Verbände, die in allen Weltregionen in Gang gekommen sind: Beispielsweise wäre die Konstituierung der Europäischen Union als Bundes- und Superstaat nach der hier getroffenen Bestimmung von „Gesellschaft“ ein historischer Rückschritt in Richtung auf die per se problematischen Verhältnisse von politischen Kontinentalverbänden. Aber auch der gegenwärtig vorherrschende, vielleicht nicht ganz so weit drängende, als fortschrittlich verkleidete, bürokratisch exekutierte Integrationismus ist kein Emanzipationsprojekt. Ungeachtet aller professoralen und politizistischen Rhetorik¹⁵³ gilt: „Die Vision der EU-Eliten und die Praxis der real existierenden EU-Institutionen ist somit die

¹⁵² Dieterich 2006: 119

¹⁵³ Die kurze „Berliner Erklärung“ zum Sondertreffen der gegenwärtig 27 Staats- und Regierungschefs der EU anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge, die am 25. März 1957 unterzeichnet und Grundstein der Gemeinschaft wurden, ist eine rhetorische Blase. Kaum ein politisch-ideologischer Zentralbegriff wird ausgelassen, um dem „Traum“ von Europa den Anschein von Wirklichkeit zu geben. So soll der Weg zu einem Verfassungsvertrag wieder frei gemacht werden. Dafür wird eine Frist bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 ins Auge gefasst.

xis der real existierenden EU-Institutionen ist somit die Transformation zum ‚marktorientierten Wettbewerbsstaat‘, der lediglich symbolisch noch auf eine ‚neue Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit‘ abzielt.“ Das vorläufige Scheitern des ersten, neoliberal und imperial durchtränkten Verfassungsentwurfs war insofern eine Sternstunde der europäischen Geschichte. Es bedeutet aber nicht, dass es eine gegenhegemoniale Gestaltungsmacht gäbe: Auf der Seite der sozialen Bewegungen und Linken „gibt es bislang keine politische oder soziale Kraft, die ein in sich konsistentes und vermittelbares nationales oder europäisches Programm ... vorzuzeigen hätte“. ¹⁵⁴ Und „Die Linke bräuchte aber eine politische Ökonomie und eine Demokratietheorie der europäischen Integration, genauso wie sie diese in früheren Zeiten für den ‚Sozialismus‘ beanspruchte.“ ¹⁵⁵

Auch auf der Ebene der europäischen Entwicklung tritt damit die zentrale konstitutionelle Schwäche der Systemopposition zutage, keine konkrete, im Kern politisch-ökonomische Alternative vorweisen zu können. Was etwa gegen die brachiale *Lissabon-Strategie*, der europäischen Variante des neoliberalen Umbaus, in der beispielhaften „Berliner Deklaration“ ¹⁵⁶ der „sozialen und ökologischen Bewegungen sowie kritischer Wissenschaft“ an Vorschlägen aufgeboten wird, sind moderate erste Schritte, um die „Grundlagen der europäischen Integration“ neu zu bestimmen.

Vom Grundansatz her wäre es erst jenseits bloßer Kurskorrekturen, etwa durch einen neuen Typ wie sozialwirtschaftlich konsolidierter, demokratischer Wirtschaftsgesellschaften möglich, andersartige Integrationsformen und internationale Beziehungen zu verwirklichen: Endlich befreit von Akkumulations- und Expansionszwängen, ohne die Duldung von Bürokratien und Technokratien, die sich gegenüber demokratischen Organen gerne

¹⁵⁴ Dräger 2007

¹⁵⁵ Klaus Dräger: „Unter dem Strich bleibt: Linke und soziale Bewegungen haben kein gemeinsam getragenes ‚Projekt für Europa‘ ... Die Idee Europa wurde so den Deutungsmustern des Liberalismus überlassen: ökonomische und politische Interdependenzen und zunehmende Globalisierung erzwingen es nahezu, dass supranationale Governance den zu klein werdenden europäischen Nationalstaat ersetzt. Zur supranationalen Governance verhält man sich entweder bloß anklagend oder euphorisch verklärend, kommt aber deshalb nicht zum Kern des demokratischen Legitimationsproblems der EU. Die Linke bräuchte aber eine politische Ökonomie und eine Demokratietheorie der europäischen Integration, genauso wie sie diese in früheren Zeiten für den „Sozialismus“ beanspruchte.“ In: sandimgetriebe SiG 57 v. 11.02.2007

¹⁵⁶ Berliner Deklaration 2007

verselbständigen, auf der Grundlage von gegenseitigem Nutzen und partnerschaftlicher Verbindung.

Dieses Konzept ist sozusagen der Antagonist der neoliberalen Globalisierung. Es widerspricht aber auch der Idee der Instituierung eines integrierten Weltsystems durch immer weitere Ausdehnung des Konzepts der Äquivalenzökonomie¹⁵⁷: Die damit verbundene Vorstellung eines gerechten Tausches zwischen reichen und armen Ländern auf Grundlage der arbeitszeitlichen Entsprechung von Leistung und Gegenleistung überdehnt die äquivalenzökonomische Idee vollends und verfehlt die vielschichtige Problematik der Unterentwicklung in imperialen Weltverhältnissen.¹⁵⁸ Ferner bestünde in diesem Fall wegen der völlig neuen Art der ökonomischen Wertstellung zugleich der Zwang, unwahrscheinlich komplizierte Übergangslösungen zu finden: „Die Ökonomie der Übergangsphase wird deswegen notwendigerweise einen Mischcharakter haben.“ Das heißt, „die voraussehbare graduelle Ersetzung einer volkswirtschaftlichen Logik durch eine andere setzt eine längere Phase der Koexistenz zwischen Marktwirtschaft und Äquivalenzwirtschaft voraus und damit die Möglichkeit, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verrechnungseinheiten ‚Preis‘ und ‚Wert‘ vergleichbar (kommensurabel) zu machen: dies sowohl auf nationalem wie internationalem Niveau.“¹⁵⁹

Kann eine derartig artifizielle Konstruktion jemals operativ gemacht werden? Die Zweifel an der Dignität der Idee werden nicht geringer, wenn das letztendliche Ziel ins Auge gefasst wird: Die Zukunftsvision einer vollendeten äquivalenzökonomischen Weltwirtschaft, eines „Schachtelsystems“ von der lokalen Ebene über die regionale bis hinauf zur globalen, über dem „die zentrale Plan-Institution (steht), die alle Regionen der Erde einschließt“¹⁶⁰. Solches mutet eher an wie ein Glasperlenspiel, aber kaum wie eine praktikable Lösung im überhaupt absehbaren historischen Horizont.

Subjekte und Kräfte einer möglichen Umwälzung

Kein Vortrag über eine mögliche Transformation der gesellschaftlichen Praxis kann sich schließlich der Frage nach deren Subjekten oder Potentialen entziehen. Wo sind die Interessen, Ideen und Kräfte, die in die anvisier-

¹⁵⁷ Vgl. Peters 1996

¹⁵⁸ Vgl. Bischoff / Lieber 2006: 14 und 19 mit dem Verweis auf MEW 23: 583 f., wo Marx zur Frage der Wertgesetzlichkeit im internationalen Verkehr Stellung nimmt.

¹⁵⁹ Dieterich 2006: 174

¹⁶⁰ Dieterich 2006: 119

te Richtung drängen? Die Grundformel des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ lautet, dass an die Stelle des *historischen Proletariats*, dessen Projekt in Ost und West nicht verwirklicht werden konnte, ein neues *emanzipatorisches Subjekt* tritt. Dieses bildet sich, über mitwirkende traditionelle Klassenkräfte hinaus, aus der „Solidargemeinschaft (Kommunität) der Opfer des neoliberalen Kapitalismus und all denen, die ihren Kampf zum eigenen machen.“ Es handelt sich um eine „Gemeinschaft der Opfer“¹⁶¹ und eine aus Kämpfen hervordachsende „Avantgarde“. In den Kämpfen geht es darum, „eine Bewusstseinsbildung der Mehrheiten in solcher Tiefe und Breite zu erlangen, dass sich das Kräftegleichgewicht im Weltmaßstab zugunsten der demokratisierenden Faktoren verschiebt“ und eine „wachsende Neutralisation des kapitalistischen Systems und seiner Eliten“ erreicht wird. „Die demokratisierende Praxis des globalen Weltveränderungsobjekts“ soll die „notwendige Kraft zur Überwindung des Systems akkumulieren“, indem es die lokalen und nationalen Kämpfe „mit einer integrierten global-regional-nationalen Perspektive“ führt.¹⁶²

Angesichts so weitreichender Weltumwälzungsgedanken fällt umso mehr auf, dass der Verweis auf das Kräfte-reservoir einer „Gemeinschaft der Opfer“ nicht Niederschlag einer Bewusstseins-, Klassen- und Situationsanalyse, sondern Ausdruck eines politischen Appells mit strategisch-revolutionärem Gestus ist. Es wird dabei aber, wie auch bei Berufungen auf die Emanzipationskräfte einer internationalen Zivilgesellschaft, nicht an ein vorhandenes und entwicklungsfähiges Produktivkraftensemble angeknüpft, aus dessen Verstärkung eine systemische Umstimmung und ein gesellschaftsgeschichtlicher Bruch erwachsen könnte. In dieser Hinsicht weist das *sozialwirtschaftliche Produktivkraftensemble* zumindest eine *unmittelbare* subjektive Repräsentanz im System der gesellschaftlichen Arbeit auf: Die „sozialwirtschaftlichen Dienste“ als „andere Hälfte der Wirtschaft“. Es legt Bündnisse mit traditionellen und anderen Fraktionen der Arbeit und Wirtschaft, mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und sogar mit Teilen der Verwaltungsorganisation nahe. Ein nationaler Entwicklungspakt für einen neuen Weg ist nicht undenkbar.

¹⁶¹ „Die Gemeinschaft der Opfer ist multikulturell, pluriethnisch, klassenübergreifend, zweigeschlechtlich und global und umfasst alle Personen, die übereinstimmen mit der Notwendigkeit, Ökonomie, Politik, Kultur und die Systeme physischen Zwangs der globalen Gesellschaft von Grund auf zu demokratisieren“. Dieterich 2006: 151

¹⁶² Dieterich 2006: 142, 151, 157

Philosophie des Bruchs und Praxis der Hoffnung

Die hier diskutierten Fragen eines „Übergangsprogramms zum Postkapitalismus“¹⁶³ oder besser: einer möglichen gesellschaftsgeschichtlichen *Transformation der Wirtschaftsweise und Assoziationsform* kann vielleicht so auf den Punkt gebracht werden: In der gesellschaftlichen Debatte geht es heute nicht mehr um die Alternative *Reform oder Revolution*, wie sie in der Konfrontation zwischen Herbert Marcuse und Karl Popper einmal verhandelt¹⁶⁴ worden ist: Nach der historischen Blamage der Sozialdemokratie und aufgrund der erwiesenen Ohnmacht und Korrumpierung des Reformismus, nach dem „Scheitern des Realsozialismus“¹⁶⁵ und angesichts sich aufladender gesellschaftlicher Antagonismen und entfesselter destruktiver Gewalten findet die fortgeschrittenere Diskussion heute auf dem Boden einer *politischen Philosophie des Bruchs* mit der alten Welt statt.

Demzufolge ist das im *Übergang* eröffnete politische Feld jetzt bestimmt durch die Pole *Revolution* und *Transformation*. Letztere wäre nicht zu verstehen als ein Kraft- und Gewaltakt der Instituierung, sondern als Geburtshilfe im Horizont der eröffneten Übergangsperiode, als eine Verstärkung von Formwandlungen, als Ringen in einem auch von Antagonismen durchzogenen gesellschaftlichen Kräftefeld um die Emanzipation einer neuen Reproduktions- und Assoziationsform. In dieser positiven Perspektive kann und muss auch die Auseinandersetzung mit allenthalben vordrängenden *Entzivilisierungstendenzen und neu auflebenden ideologischen Regressionen* geführt werden.

Entsprechende transformatorische Prozesse mögen in unterschiedlichsten sozialökonomischen und politischen Zusammenhängen und in einer ganzen Reihe von Entwicklungsstapen und Kampfrunden stattfinden, deren jeweiliger Ausgang nicht vorhergesagt werden kann.¹⁶⁶ Im Hinblick

¹⁶³ „Die dergestalt zu entwickelnden regional-nationalen Übergangsprogramme zum Postkapitalismus sind natürlich unterschiedlicher Natur ... Das europäische Programm kann unmittelbar den Übergang zur partizipativen Demokratie in Angriff nehmen, da alle objektiven Bedingungen für den neuen Sozialismus gegeben sind. In Lateinamerika kann dies nur mittelbar erfolgen ...“. So jedenfalls die politstrategische Anweisung bei Dieterich 2006: 157 f.

¹⁶⁴ Vgl. Marcuse und Popper 1971

¹⁶⁵ Siehe dazu den Beitrag von Klaus Steinitz in diesem Sammelband

¹⁶⁶ „Damit wären wir wieder bei der Übergangsphase, der Periode der ‚Hölle auf Erden‘. Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben ... Es wird

auf sich abzeichnende ökonomische, ökologische, soziale und politische Schranken der Entwicklung ist es allerdings wahrscheinlich, dass entscheidende Brüche, Weichenstellungen und schmerzhafteste Geburtsvorgänge innerhalb weniger Jahrzehnte geschehen. In dieser gesellschaftsgeschichtlichen Grundsituation bestehen zur Zeit noch eminente Orientierungs- und Wirkungsschwächen aller berechtigten Kritik, Opposition und konstruktiven Praxisansätze, die eine philosophisch-wissenschaftliche Tiefendimension und einen harten politisch-ökonomischen Kern aufweisen.

Mit Blick darauf stellt sich der Entwurf für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als ein energischer Versuch dar, schon allzu lange währende Konstitutionsschwächen der Systemopposition zu beheben. Aber es zeigte sich bei näherer Untersuchung, dass die Synthese von Dialektik und Kybernetik kein grundlagentheoretisches Fundament bietet. Im Drang nach vorwärts wurde ein vorgeschobener Posten besetzt und beflaggt, aber das andere Ufer nicht erreicht. Vor allem kann die artifizielle Konstruktion der Äquivalenzökonomie¹⁶⁷ nicht beanspruchen, die Lösung der Kernfrage darzustellen: Die Identifizierung der Reproduktionsordnung und Grundfunktionalität einer nichtkapitalistischen politischen Ökonomie. Dies auf einem Reflexionsniveau, das sich an der Marxschen Wert- und Kapitaltheorie ausweisen kann und so, dass ausreichende Referenzen im Kontext realer gesellschaftlicher Praxis kenntlich werden.

Ich habe im Zuge der Kritik des Sozialismusmanifests zeigen wollen, dass entscheidende Denkvoraussetzungen für ein konkretes „Begreifen der Praxis“ heute in einer erneuerten „Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis“ liegen, das heißt wesentlich in der Bezugnahme auf die konstitutions- und erkenntnistheoretischen Zusammenhänge oder die Wirklichkeitskonzeption „widersprüchlicher gesellschaftlicher Praxis“. Ferner öffnet sich ein Weg zur schöpferischen Weiterentwicklung der Wissenschaft der politischen Ökonomie durch Modellierungen und Analysen, die an Marxsche Forschungsarbeiten anschließen, aber eine moderne, reifere Gestalt der kapitalistischen Reproduktionsordnung zugrunde legen und eine utopistische Analytik veranschlagen. Das auf diesem Wege entwickelte Konzept einer *Sozialwirtschaft als Systemalternative* ist erst prototheoretisch

einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“ Wallerstein 2002: 95, 103
¹⁶⁷ „Der Vorschlag einer Äquivalenzökonomie verbleibt auf dem Niveau einer unentwickelten bürgerlichen Zivilgesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts und hofft allein mit moderner Informationstechnologie die Probleme der Qualifizierung und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit lösen zu können“. Bischoff / Lieber 2006: 14

formuliert und bleibt im Hinblick auf schwierige Fragen der Wertgesetzlichkeit und gesamten Wirtschaftsverfassung weiter zu durchdenken und zu prüfen. Das Thema als solches hat größte Bedeutung:

Es wäre viel gewonnen, wenn die bezeichnete Grundeinstellung eines notwendigen *Bruchs* über politisch-intellektuelle Kreise hinaus ins gesellschaftliche Bewusstsein eindringen würde und wenn sie sich nicht, wie gegenwärtig noch, überwiegend aus eigener Bedrängnis oder aus dem Schrecken über die sozial-ökologischen Konsequenzen der *schönen alten Welt* nährte, sondern auch auf eine deutlicher wahrnehmbare, Vertrauen erweckende *politisch-ökonomische Transformationsperspektive* stützen könnte.

Das heißt auch: Die oft nur wiederholten Argumente einer *Kritik* der politischen Ökonomie und selbst ökologische Horrorperspektiven reichen alleine nicht aus, um weitertreibende Motivationen und Orientierungen zu nähren. Das eingehetzte Alltagsbewusstsein kann kaum aufgebrochen werden, solange keine alternative Reproduktionsordnung mit deutlichem zivilisatorischem Plus profiliert und kein bedeutender Faktor kollektiver theoretischer Arbeit, wissenschaftlicher und öffentlicher Debatten oder wenigstens in Teilaspekten ein Bestandteil politisch-ökonomischer Programmatik ist.

Das Fehlen einer solchen konkreteren Alternative und des damit verbundenen Vorscheins „einer höheren Konzeption des Lebens“¹⁶⁸ bedeutet eine entscheidende mentale Blockade nicht nur auf dem Weg zur Bildung eines *gesellschaftlichen Blocks*¹⁶⁹, das heißt für die Herstellung einer Interessens- und Wirkgemeinschaft von Kräften mit dem *positiven Index* einer emanzipationsfähigen Arbeits-, Sozial- und Kulturform, sondern überhaupt für die Entfaltung einer konkreten *Praxis der Hoffnung*.¹⁷⁰

¹⁶⁸ Gramsci 1983: 81

¹⁶⁹ Die politische Theorie Gramscis verlangt hier eine „*sorgfältigere und richtigere Analyse der aktiven Kräfte der Gesellschaft*“, insbesondere hinsichtlich *Ideologien*, des Zusammenhangs zwischen *Wissen* und unterschiedlichen *Konzeptionen der Wirklichkeit*, von *Sozialismus und Kultur*, also konkrete Analysen der bestehenden *gegensätzlichen Richtungen im Kampf um Hegemonie*. Vgl. Gramsci 1983: 57, 79, 82, 94, 96

¹⁷⁰ Gegen Ende seines *systematischen Hauptwerks* fasst Bloch die *Weltsicht* oder den *revolutionären Humanismus* des *Prinzips Hoffnung* unnachahmlich verdichtet so zusammen: „Darum eben geschieht die große Drehung, Hebung aus dem Dunkel des Unmittelbaren heraus, die Weltprozeß heißt: Mit tätiger Antizipation im Subjekt gerichtet auf Glück, in einer Gesellschaft ohne Herr und Knecht gerichtet auf dadurch mögliche Solidarität aller, id est auf Freiheit und menschliche Würde, in Natur als einem nicht mit uns Fremdem behafteten Objekt gerichtet auf Heimat“. Vgl. Bloch 1977: 248

Quellenhinweise:

Altwater, Elmar (2002): Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation, Hauptartikel S. 281-292 in: Erwägen Wissen Ethik, EWE 13, Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft. PapyRossa Verlag, Köln.

Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt am Main.

Behrens, Fritz (1957): Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft 5 (1957), 3. Sonderheft, S. 105-140.

Berliner Erklärung (2007): Abschlusserklärung zum 2. Alternativen ECOFIN in Berlin vom 20./21. April 2007.

Bettelheim, Charles (1970): Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Wagenbach Verlag, Berlin.

Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg.

Bischoff, Joachim u. Lieber, Christoph (2006): Dritter Sozialismusversuch: Äquivalenzökonomie? In: Sozialismus Heft 11/2006, S. 12-19

Bloch, Ernst (1959): Weltveränderung oder die Elf Thesen von Marx über Feuerbach, in: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. S. 288-334.

Bloch, Ernst (1977): Experimentum Mundi. Gesamtausgabe Bd. 15.

Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt.

Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste gegen die neoliberale Invasion. UVK Verlag, Konstanz.

Canfora, Luciano (2006): Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. PapyRossa Verlag, Köln.

Castells Manuel (1977): Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. VSA-Verlag.

Cavalcanti, Sven Oliveira: Herbert Marcuse – Zum 25. Todestag. Onlinetext bei sopus.org

Chavez, Hugo (2005): Rede zum Abschluß des »Völkergipfels« in Mar del Plata (Argentinien) am 4. November 2005. In: sandingetriebe - Der deutschsprachige Newsletter von Attac Österreich, Deutschland, Schweiz. SiG v. 27.04.2006

Cockshott, W. Paul / Cottrell, Allin (2006): Alternativen aus dem Rechner. PapyRossa Verlag, Köln.

Cockshott, Paul (2006): Die Technik des Sozialismus existiert. Referat auf der XI. internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz "Mit dem Sozialismus rechnen" der »jungen Welt« am 14. Januar 2006 in Berlin.

Chomsky, Noam (2003): Media Control. Wie die Medien uns manipulieren. Europa Verlag, Hamburg-Wien.

Deppe, Frank (2007): Krise und Erneuerung marxistischer Theorie. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2007.

Deutscher Städtetag, Hrsg. (2004): Städte sind Zukunft. Dokumentation der 32. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim. Deutscher Städtetag, Köln.

Dieterich, Heinz: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Kai Homilius Verlag, Berlin 2006, 2. erweiterte Auflage.

Dieterich, Heinz (2007): Historische Chance. Der Gründungsprozess der neuen Linkspartei im weltgeschichtlichen Kontext. In: Junge Welt, 2. Februar 2007, S. 10-11.

Dräger, Klaus (2007): Visionen für ein neues Sozialsystem. Hat die Linke ein Projekt für Europa? In: sandingetriebe.. SiG 57 v. 11.02.2007

Dräger, Klaus (2006): Erneuerter Keynesianismus – Richtschnur für die Strategiedebatte der Linken? In: Berliner Debatte Initial 17 (2006) 4, Neuer Keynesianismus. Paradigmenwechsel in der Gesellschaftspolitik? S. 80-89.

Dunkhase, Helmut (2003): Sozialismus ist machbar, in: Junge Welt, Beilage Marxismus am 12.03.2003 Dieser und andere Texte und Quellen auf der Homepage des Autors.

Fürntratt-Kloep, Ernst F. (2006): Venezuela. Der Weg einer Revolution. PapyRossa Verlag, Köln.

Gramsci, Antonio (1983): Aus den Gefängnisschriften. Methodische Konzepte zum Kulturbegriff, Textauswahl in: Sabine Kebir (Hrsg.), Marxismus und Kultur, VSA-Verlag 1983, S. 56-103.

-
- Gramsci, Antonio (1994): Philosophie der Praxis. Antonio Gramsci Gefängnishefte Bd. 6, Argument Verlag Hamburg.
- Hahn, Robert u.a. Autoren (1984): Die Leitung und Planung der kulturell-sozialen Bereiche. Verlag Die Wirtschaft, Berlin.
- Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. VSA-Verlag, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg.
- Heinrich, Michael (1999): Die Wissenschaft vom Wert. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Internationaler Rat des Weltsozialforums (2001): Charta der Prinzipien. Sao Paulo, am 10. Juni 2001.
- Keim, Karl-Dieter (1989): Arbeit an der Stadt. Plädoyers für eine selbstproduktive Politik der Stadtentwicklung. Bielefeld.
- Kimmerle, Heinz Hrsg. (1978): Dialektik-Modelle von Marx bis Althusser. Beiträge der Bochumer Dialektik-Arbeitsgemeinschaft.
- Korsch, Karl (1996): Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935. Karl Korsch Gesamtausgabe Bd. 5, hrsg. von Michael Buckmiller.
- Kosik, Karel (1970): Dialektik des Konkreten. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Krätke, Michael R. (2003): Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte. Marktsozialismus, Wirtschaftsdemokratie und radikaldemokratische Reformkonzepte heute. S. 55-67 in: Zeitschrift Widerspruch Nr. 43, Zürich.
- Le Monde diplomatique (2007): China. Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus. Edition Le Monde diplomatique Nr. 1/2007
- Lefebvre, Henri (1972): Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Lefebvre, Henri (1976): Die Revolution der Städte. Syndicat Verlag, Frankfurt am Main.
- Leibiger, Jürgen (2006): Marx und Keynes - oder beide. In: isw report Nr. 67, September 2006, S. 8-13.
- Lenin, W.I.: Konspekt zur Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘, in: Lenin Werke Bd. 38. Dietz Verlag, Berlin 1968. S. 77-229.

- Luxemburg, Rosa (1917). Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre). Gesammelte Werke, Bd. 4.
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Gesammelte Werke, Bd. 5. Dietz Verlag, Berlin.
- Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. In: Herbert Marcuse Schriften 7, Suhrkamp Verlag.
- Marcuse, Herbert und Popper, Karl (1971): Revolution oder Reform? Eine Konfrontation. Hrsg. von Franz Stark, Kösel-Verlag München. Vollständiger und erweiterter Text der Fernsehdokumentation des Bayerischen Rundfunks vom 5.1.1971
- Marx, Karl: Brief an Ruge im Sept. 1843. In: MEW 1, S. 346.
- Marx, Karl: Die deutsche Ideologie. Kapitel I. Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. In: MEW 3, S. 17-77.
- Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons ‚Philosophie des Elends‘. In: MEW 4, S. 63-182.
- Marx, Karl: Vorwort [zur Kritik der politischen Ökonomie]. In: MEW 13, S. 7-11.
- Marx, Karl: Theorien über den Mehrwert. In: MEW 26.1, 26.2, 26.3
- Marx, Karl: Das Kapital. Bd. 1-3. MEW 23, 24, 25.
- Marx, Karl: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW 16, 5-13.
- Marx, Karl: Marx an Dietzgen am 9. 5. 1868. In: MEW 32, S. 547.
- Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, S. 13-32.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42.
- Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW 17, S. 313-365.
- Melcher, Dorothea (2005): Venezuelas Erdöl-Sozialismus. S. 506 - 520 in: DAS ARGUMENT 262, Heft 4/2005.
- Meszaros, Istvan: Beyond Capital. The Merlin Press, London 1995.
- Müller, Eva (2005): Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VSA-Verlag, Hamburg

Müller, Horst (1986): Marx, Mead und das Konzept widersprüchlicher Praxis, in: Ders., Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre. Germinal Verlag, Bochum, S. 131 - 149.

Müller, Horst (2000): Geschichte und Zukunft des Praxiskonzepts. Ariadnefaden des philosophischen Marxismus. Onlinetext auf der Seite <http://www.praxisphilosophie.de/download.htm>

Müller, Horst (2001a): Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, S. 212 - 235 in: Jünke Christoph (Hrsg.), Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.

Müller, Horst (2001b): Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909 - 924 in: UTOPIE kreativ Nr. 132.

Müller, Horst (2005a): Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu. Realismus und Modernität des Praxisdenkens. S. 9 - 28 in: Weigand Karlheinz (Hrsg.): Bloch-Almanach. Jahrgang 24/2005, Talheimer Verlag.

Müller, Horst (2005b): Sozialwirtschaft als Systemalternative. In: Ders. (Hrsg.): Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. BoD-Verlag, Norderstedt 2005, S. 254 - 289.

Müller, Horst (2006): Von der Kapitalismuskritik zur Solarutopie - Elmar Altvater, wie wir ihn kennen. Onlinetext bei [praxisphilosophie.de/download.htm](http://www.praxisphilosophie.de/download.htm)

Müller, Horst (2007): Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative. In: Sozialismus, Heft 2/2007, S. 49 -56.

Peters, Arno (1996): Das Äquivalenz-Prinzip als Grundlage der Global-Ökonomie. Akademische Verlagsanstalt, Vaduz.

Peters, Helmut (2005): China zwischen Gestern und Morgen. Wohin geht China? In: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, isw-report Nr. 61, München.

Petrovic, Gajo (1965): Praxis und Sein, in: PRAXIS Nr. 1/1965, S. 26 - 40.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Hrsg. (2007): Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? Leipzig.

Sartre, Jean-Paul (1967): Kritik der dialektischen Vernunft. I. Band. Theorie der gesellschaftlichen Praxis. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Steinitz, Klaus (2005): Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute. VSA-Verlag, Hamburg.

Schui, Herbert (2006): Bitte rational abwägen. Die Linke im Privatisierungsdilemma, in: Freitag 48, 1. Dezember 2006, S. 6.

Vilmar, Fritz (2006): Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff alternativer Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren. Onlinetext (m3206.pdf) der Memorandum-Gruppe.

Wallerstein, Immanuel (1990): Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem. S. 126 - 137 in PROKLA 78, 20. Jahrgang 1990 Nr. 1 (März): Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin.

Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. ProMedia Verlag, Wien.

Weber, Beat (2006): Das umkämpfte Feld der Wirtschaftsexpertise. Wirtschaftsexpertinnen und Wirtschaftspolitik im gesellschaftlichen Wandel. In: Zeitschrift Kurswechsel, Heft 4/2005.

Weiß, Ulrich (2000): Marx und der mögliche Sozialismus. In: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), S. 958 - 971.

Weltsozialforum (2001): Charta der Prinzipien, veröffentlicht im Anschluss an das 1. Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre/Brasilien.

Wenzel, Siegfried (2006): Sozialismus des 21. Jahrhunderts? In: UTOPIE kreativ, H. 191 (September 2006), S. 811-822.

Zeller, Christian Hrsg. (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Müller, Horst: Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.
ISBN 978-3-8334-9769-8
Ein Textangebot des Portals <http://www.praxisphilosophie.de>
Ausdruck und Veröffentlichung bitte mit dieser Quellenangabe